



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 07.06.2024 bis 14.06.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Zwei Christen wegen Einsatz für Konvertiten inhaftiert	4
Äquatorialguinea: Die Verfolgung in der Vergangenheit hat der Kirche eine neue Dynamik gegeben	5
Burkina Faso: Bekämpfung des Menschenhandels in Afrika	6
China: Christ verhaftet	7
Deutschland: "Leid gehört zum Christsein dazu"	8
Deutschland: Ex-Ministerin Schröder-Gewalt hat eben doch mit dem Islam zu tun	9
Deutschland: Islamismus - Kritik an „verfehlter Politik“ der Bundesregierung	10
Deutschland: München-Dritte Bürgermeisterin übt Kritik an UNUM-Konferenz	11
Deutschland: Steinwurf durch Kirchenfenster verletzt Chorsänger	12
Großbritannien: Feindseligkeit gegen Christen	13
Haiti: Pater Auguste -“Die Situation lässt sich kaum in Worte fassen“	14
Indien: Hindunationalistische Partei verfehlt Mehrheit	15
Indien: Leidensweg eines Pastors	17
Indien: Wahlausgang in Indien Grund zur Erleichterung	19
Indien: Weitere Gewalt in Manipur	20
Indonesien: Kirche erhält nach 5 Jahren des Wartens die Baugenehmigung	21
Irak: 2014 begann die Vertreibung vieler irakischer Christen	22
Irak: Christin muss wegen umstrittenem Gesetz zum Islam übertreten	23
Irak: Kardinal Sako kehrt nach Bagdad zurück: "Wir sind keine Kirche der Fremden“	24
Irak: Zehn Jahre nach der Besetzung durch den IS	25
Iran: Konvertit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt	26
Iran: Was bedeutet die neue Situation für die Kirche im Land?	27
Kolumbien: Große Anteilnahme bei Beerdigung am getöteten Pfarrer	28
Kongo: ADF-Milizen verüben neue Massaker im Ostkongo	29
Malawi: Vizepräsident stirbt bei Flugzeugabsturz	30
Moldawien: Ins Gagausische übersetzt	31
Myanmar: Zwangsrekrutierung treibt junge Menschen in die Reihen des Widerstands	32
Nepal: Der Kampf um Nepal	33
Nigeria: Der entführte Pfarrer Gabriel Ukeh ist wieder frei	34
Nigeria: Fünf Christen erschlagen	35
Nigeria: ISIS-Tochter ISWAP exekutiert drei Christen	36

Nigeria: Islamische Extremisten töten drei Christen im Nordosten Nigerias	37
Nigeria: Katholischer Priester im Bundesstaat Kaduna entführt	38
Ostafrika: Aktuelle Gebetsanliegen	39
Österreich: Lehrerin verbietet Bibellesen im Unterricht	40
Pakistan: 300 Christen demonstrieren gegen Blasphemiegesetze	41
Pakistan: Kundgebung unterstützt Tötung eines Christen	42
Russland: Neugründung der Evangelischen Allianz in der Region Kaliningrad	44
Südkorea: Schamanismus in sozialen Medien hat viele jugendliche Anhänger	45
Türkei: Hassrede gegen Christen nimmt zu	46
Ukraine: Trotz des Krieges geht der Dienst weiter	47
Weltweit: MBBs in der säkularen westlichen Gesellschaft	48
Zentralasien: Nachrichten von verfolgten Christen	49

# Ägypten: Zwei Christen wegen Einsatz für Konvertiten inhaftiert

## Die Behörden werfen ihnen „terroristische Aktivitäten“ vor

Wien/Kairo (IDEA) – In Ägypten sitzen zwei Christen seit über zwei Jahren in Untersuchungshaft, weil sie sich im Internet für Menschen engagierten, die vom Islam zum Christentum konvertiert sind. Auf ihren Fall macht die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International (Allianz zur Verteidigung der Freiheit/Wien) aufmerksam. Es handelt sich um den Pharmaangestellten Nour Girgis und den Jemeniten Abdulbaqi Saeed Abdo. ADF International zufolge sehen die Behörden in dem Facebook-Engagement der Männer „terroristische Aktivitäten“. Sie wurden in verschiedene Haftanstalten verlegt. Ihre Prozesse wurden wiederholt verschoben. Ihre Anwälte und ihre Familie dürfen sie nur gelegentlich besuchen. Die ADF-Rechtsberaterin für globale Religionsfreiheit, Elizabeth Francis (London), sieht in der willkürlichen Verhaftung der beiden eine schwere Verletzung ihrer Menschenrechte. Seine religiösen Überzeugungen im Internet zu bekunden, sei kein Terrorismus. Sie fügte hinzu: „Niemand sollte inhaftiert werden, weil er christliche Konvertiten unterstützt.“ Eine solche Tätigkeit sei auch kein Risiko für die nationale Sicherheit.

## Faire Verfahren angemahnt

Die ADF-Direktorin für globale Religionsfreiheit, Kelsey Zorzi (Washington/USA), forderte die ägyptische Regierung auf, „ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen und unverzüglich sicherzustellen, dass beiden Männern Gerechtigkeit und ein faires Verfahren zuteil wird“. Das Recht auf Religionsfreiheit, freie Meinungsäußerung und ein faires Verfahren sei im Völkerrecht verankert. Rund 90 Prozent der mehr als 110 Millionen Einwohner Ägyptens sind Muslime. Kopten bilden die größte christliche Gemeinschaft des Landes. Ihre Zahl wird auf rund zehn Millionen geschätzt.

# Äquatorialguinea: Die Verfolgung in der Vergangenheit hat der Kirche eine neue Dynamik gegeben

Malabo (Fides) - "Wir leben in einer Phase der neuen Dynamik in unserer Kirche", bekräftigt der Vorsitzende der Bischofskonferenz von Äquatorialguinea, Juan Domingo-Beka Esono Ayang, Bischof von Mongomo, im Interview mit Fides.

## Die katholische Kirche wurde in Äquatorialguinea von 1968 bis 1979 verfolgt. Wie ist die Situation heute?

Die Kirche hat eine neue Dynamik erfahren: Von ehemals drei Diözesen mit zwei Bischöfen sind wir zu fünf Diözesen mit sechs Bischöfen geworden. Wir haben die Verfolgung der Kirche erlebt, aber das hat zu einem neuen Evangelisierungsimpuls geführt. Die Kirche in Äquatorialguinea ist trotz der Verfolgung durch ihre Priester und Laien präsent und aktiv geblieben. Katecheten wurden inhaftiert und erlitten alle Formen der Demütigung. Aber ihr Zeugnis brachte und bringt der Kirche in unserem Land etwas Neues und Lebendiges. Wir zollen den Priestern und Missionaren, die verfolgt wurden, unsere Anerkennung, und heute wird das Apostolat der Kirche in Äquatorialguinea von allen sehr geschätzt.

## Für einen der verfolgten Katechisten, José Si Esono, wurde der Seligsprechungsprozess eingeleitet.

Wir haben einige Heiligsprechungsverfahren, die wir der Kongregation für die Selig und Heiligsprechungen vorlegen wollen. Im Rahmen unseres Ad-Limina-Besuchs haben wir bereits den Fall des Katechisten José Si Esono vorgestellt, der in Äquatorialguinea sehr verehrt wird. Dann ist da noch der Fall einer Ordensschwester, Imelda Makole, Mitbegründerin einer lokalen Frauenkongregation ("Oblatinnen der Unbefleckten Jungfrau Maria und des Heiligen Josef", heute "Missionarinnen der Unbefleckten Jungfrau Maria"). Und auch für andere Katechisten und Laien sind Seligsprechungsverfahren im Gange.

In der Kirche Äquatorialguineas spielen die Katecheten also eine grundlegende Rolle...

Fin dal primo annuncio del Vangelo in Guinea Equatoriale i catechisti sono stati concepiti come la "mano destra" dei preti. Ancora oggi sono dei "leader", ovvero i responsabili delle comunità di base. Dunque il ruolo dei laici è molto visibile e presente nella nostra Chiesa.

Seit der ersten Verkündigung des Evangeliums in Äquatorialguinea wurden die Katecheten als "rechte Hand" der Priester betrachtet. Auch heute noch sind sie "Führungspersönlichkeiten", z. B. als Verantwortliche für die Basisgemeinden. Die Rolle der Laien ist also in unserer Kirche sehr sichtbar und präsent.

## Gibt es noch immer Missionare im Land?

Unsere Kirche ist missionarisch; wir können uns die Kirche nicht ohne die Präsenz der Ordensleute aus Missionsorden vorstellen, die uns ihr Charisma und ihre besonderen Erfahrungen schenken. Wir sind mit ihrer Rolle in unserem Land sehr zufrieden und ermutigen andere Missionare, nach Äquatorialguinea zu kommen, dessen Kirche ihre Türen offen hat.

Die Claretiner-Missionare (Söhne des Unbefleckten Herzens der seligen Jungfrau Maria), die seit ihrer Ankunft im Jahr 1883 als die eigentlichen Urheber der Evangelisierung des Landes gelten, sind immer noch sehr präsent. Es stimmt, dass vor ihrer Ankunft andere missionarische Kongregationen nach Äquatorialguinea gegangen waren, aber aufgrund von Epidemien gezwungen waren, das Land zu verlassen. Den Claretinern gelang es schließlich, diese Hindernisse zu überwinden, sie blieben und sind immer noch sehr präsent.

## Eine letzte Frage: Wie steht es um Berufungen zum Priesteramt?

Wir haben eine große Anzahl von Berufungen und wir haben ein einziges großes Seminar in Bata, das in nur wenigen Jahren von etwa vierzig Seminaristen auf etwa neunzig angewachsen ist. Diese Einrichtung ist also zu klein geworden und kann den Bedürfnissen der gestiegenen Zahl von Seminaristen nicht mehr gerecht werden. Wir brauchen dringend mehr Platz und Räumlichkeiten, um den künftigen Priestern eine angemessene Ausbildung bieten zu können.

(L.M.) (Fides 13/6/2024)

# Burkina Faso: Bekämpfung des Menschenhandels in Afrika

## Internationales Netzwerk „Talitha Kum“

Ouagadougou (Fides) - Pater Augustine Rotshak Gonsum stammt aus Nordnigeria, genauer gesagt aus Pankshin im Bundesstaat Plateau. Er ist als Priester der Gesellschaft der Afrikamissionare (Weiße Väter) in Burkina Faso tätig, derzeit in der Provinz Frankophones Westafrika (P.A.O.). Er lebt dort in der Gemeinschaft "Maison d'accueil" in der Hauptstadt und arbeitet im Bildungszentrum „Pélican“ in Paspanga (Ouagadougou). Am Rande der Generalversammlung von „Talitha Kum“, dem internationalen Netzwerk gegen Menschenhandel und Ausbeutung, dessen stellvertretender Koordinator er in Burkina ist, sprach er mit Fides. An der Versammlung nahmen Vertreter aus 90 Ländern der Welt teil, die sich anlässlich des 15-jährigen Bestehens der 2009 gegründeten Organisation bei der Internationalen Union der Generaloberen (Uisg) versammelt hatten.

"Die Organisation ist in mehreren Orten des afrikanischen Landes vertreten: Bobo Dioulasso, Ouagadougou, Banfora, Diébougou, Koudougou, Nouna, Tenkodogo, Dédougou, Gaoua und Ouahigouya", berichtet der Missionar. "Mit unserem Engagement wollen wir Gemeinschaften fördern, ermutigen und voranbringen, die frei von Menschenhandel, sicher und gesund für alle sind. Wir fördern die Achtung der Grundrechte und der Würde aller Menschen unabhängig von ihrer Rasse, Religion und Herkunft, die bedingungslose Liebe Christi zu den Menschen und ein integratives Umfeld", betont er.

"Das Netzwerk ‚Talitha Kum‘ hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem Menschenhandel, dem Missbrauch und der Ausbeutung schutzbedürftiger Menschen durch Präventions-, Sensibilisierungs-, Advocacy- und Opferhilfemaßnahmen ein Ende zu setzen. Wir bemühen uns um einen sinnvollen direkten Dialog mit Menschen, die ihr Land in der Hoffnung auf ein besseres Leben verlassen wollen, führen Bildungsprogramme durch, um Einzelpersonen und Gemeinschaften für das Thema Menschenhandel zu sensibilisieren, und beteiligen uns an Studien und Forschungsarbeiten, um die Ursachen und Risikofaktoren für die Gefährdung durch neue Menschenhandelsszenarien besser zu verstehen", berichtet Pater Augustine.

Zu den vom Netzwerk in Burkina auf den Weg gebrachten Initiativen zählt Pater Augustine die Sensibilisierung von Pastoralreferenten, Treffen in Schulen, Hochschulen, Universitäten und Pfarreien sowie Sendungen in Radio- und Fernsehsendern über die Realität des Menschenhandels. "Wir nehmen aber auch viele Opfer und Überlebende auf", fügt der Missionar hinzu. „Wir versuchen, ihnen ein Klima der Sicherheit zu bieten und sie auf die Rückkehr in ihre Herkunftsländer vorzubereiten. Es gibt Opfer aus Kamerun, Nigeria, der Elfenbeinküste, Burkina Faso... Die soziale Wiedereingliederung besteht darin, ihnen eine schulische oder praktische Ausbildung als Einkommensquelle zu bieten, damit sie sich leichter wieder in die Gesellschaft integrieren können. All dies", so der Missionar abschließend, "setzt voraus, dass wir Mittel finden oder sie an andere Stellen weiterleiten, um ihre Unterstützung zu gewährleisten. Deshalb stehen wir in engem Kontakt mit Botschaften, der Jugendseelsorge, Krankenhäusern, Polizeistationen, Frauenzentren und dem Jugend- und Justizministerium."

"Talitha Kum ist zu einem weit verzweigten und globalen Netzwerk geworden, das gleichzeitig auch in den Ortskirchen gut verwurzelt ist", sagte Papst Franziskus am 23. Mai in seiner Ansprache an die Teilnehmer des Treffens des internationalen Netzwerks, „Es ist zu einem Bezugspunkt für die Opfer, ihre Familien, die gefährdeten Menschen und die am meisten gefährdeten Gemeinschaften geworden".

(AP) (Fides 11/6/2024)

# China: Christ verhaftet

## wegen Social-Media-Beitrag zum Gedenken an das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens

International Christian Concern - Am 4. Juni um 7 Uhr morgens verhafteten Agenten des Nationalen Sicherheitsbüros von Chengdu den chinesischen Christen Fu Lijun.

Die Behörden verhafteten Fu, ein Mitglied der Early Rain Covenant Church in Chengdu, wegen eines Social-Media-Posts auf WeChat, einer beliebten chinesischen Social-Media- und Messaging-App, die von kommunistischen Beamten überwacht wird.

Fus Beitrag enthielt ein Lied und ein Gebet, das an das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens von 1989 erinnerte, bei dem die kommunistische Regierung Chinas prodemokratische Demonstranten getötet hatte. Die Zahl der Todesopfer wird auf einige hundert bis mehrere tausend Menschen geschätzt. Jedes Gedenken an das Massaker ist in China streng verboten. Kommunistische Beamte haben Suchmaschinen so manipuliert, dass Ergebnisse, die mit dem Ereignis in Verbindung stehen, nicht angezeigt werden.

Die Behörden haben Fu bis zum 10. Juni in Verwaltungshaft genommen. Obwohl man davon ausgeht, dass er freigelassen wurde, werden die Behörden Fu wahrscheinlich weiterhin überwachen und schikanieren.

Dieser Vorfall ist ein weiterer in einer langen Reihe von Angriffen und Druck, den kommunistische Beamte auf Mitglieder der Early Rain Kirche ausüben. Die Kirche hat in den letzten Jahren unter immenser Verfolgung gelitten.

Der Pastor der Kirche, Wang Yi, wurde im Jahr 2019 zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Die Behörden haben die Kirche geschlossen, aber viele Mitglieder treffen sich heimlich in ihren Wohnungen.

International Christian Concern (ICC) berichtete kürzlich über das harte Vorgehen gegen Mahnwachen oder Gedenkfeiern zum Tiananmen-Platz in Hongkong, was erneut den wachsenden Einfluss Chinas auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Hongkong zeigt.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Deutschland: "Leid gehört zum Christsein dazu"

**Latzel: Das sagte der Bremer Pastor beim Missionstag der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“**

Bremen (IDEA) – Leid und Verfolgung sind für Christen nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Diese Ansicht vertrat der Pastor der Bremer St.-Martini-Gemeinde, Olaf Latzel, beim Missionstag der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ (HMK) am 8. Juni in Bremen. Die Konferenz unter dem Motto „Wundert euch nicht ...“ (1. Petrus 4,12) fand in der evangelischen St.-Martini-Gemeinde statt und wurde im Internet übertragen. Vor Ort nahmen 450 Besucher daran teil. In seiner Predigt im Eröffnungsgottesdienst sagte Latzel, es gebe neben dem natürlichen Leiden, das alle Menschen betreffe, auch ein „spezifisch christliches Leiden“, das nur die Nachfolger Jesu Christi betreffe. Es entstehe dadurch, dass der Teufel die Kinder Gottes angreife, wenn sie das Wort Gottes verbreiten. Weiter sagte Latzel, in westlichen Ländern glaubten viele Christen an ein „Wohlstandsevangelium“. Es gaukele ihnen vor, dass durch den Glauben an Jesus Christus in ihrem Leben alles reibungslos laufe. Die Bibel weise aber unmissverständlich darauf hin, dass das Leiden eine unausweichliche Folge der Nachfolge Jesu Christi sei. Dafür eröffne sie Christen auch die Möglichkeit, sich im Leid zu freuen. Es sei nämlich ein Zeichen dafür, dass ihr Glaube echt sei. Darüber hinaus sei ihnen ein großer Lohn im Himmel versprochen. Bei dem Missionstag berichtete außerdem u.a. der US-Evangelist David Byle (Berlin) von seiner Missionsarbeit in der Türkei. Der nigerianische Pastor Stephen Panya und der nigerianische katholische Theologe Obiora Ike schilderten die zunehmende Gewalt gegen Christen in Nigeria. Die „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ (HMK) mit Sitz in Schöffengrund-Schwalbach bei Wetzlar ist eine überkonfessionelle Hilfsorganisation für verfolgte Christen. Sie unterstützt mit über 170 Projekten in 50 Ländern Christen und Gemeinden, die wegen ihres Glaubens bedrängt und unterdrückt werden.



# Deutschland: Ex-Ministerin Schröder-Gewalt hat eben doch mit dem Islam zu tun

Nach der Terrorat von Mannheim müsse man über die Rolle der

Berlin/Wiesbaden (IDEA) – Nach dem Mannheimer Terroranschlag auf den Islamkritiker Michael Stürzenberger, bei dem ein Polizist ermordet wurde, ist es an der Zeit, über die höhere Gewaltbereitschaft von Muslimen in Deutschland zu sprechen. Diese Meinung vertritt die ehemalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU, Wiesbaden) in einer Kolumne der Zeitung „Die Welt“ (Berlin). Der Islam habe sich, im Gegensatz zum Christentum, nicht aufgeklärt. Das habe Folgen hinsichtlich der dogmatischen und praktischen Legitimation von Gewalt, schrieb Schröder. Studien stellten unter Muslimen immer wieder höhere Akzeptanzwerte für Gewalt fest als unter Nicht-Muslimen: „Für Gewalt gegenüber Frauen, gegenüber ‚Ungläubigen‘, gegenüber Personen, die angeblich die ‚Ehre‘ der Befragten verletzt haben, für Gewalt als Mittel in der Erziehung.“ An der klaren Überrepräsentanz von nichtdeutschen Tatverdächtigen in der polizeilichen Kriminalstatistik bei Straftaten gegen das Leben, bei schwerer Körperverletzung und Vergewaltigung lasse sich ablesen, wie aus Einstellungen Taten werden. Dies festzustellen, sei kein „Pauschalurteil“ über Muslime, sondern eine empirisch gestützte These. Es sei „selbstverständlich kein Zufall, dass das Christentum heute überwiegend in demokratischen und rechtsstaatlichen Systemen verbreitet ist, während der Islam fast ausschließlich in Despotien Mehrheitsreligion ist“. Patriarchale Strukturen seien in muslimischen Ländern ungleich stärker ausgeprägt als in nichtmuslimischen. „Es hat eben doch mit dem Islam zu tun, dieser Erkenntnis lässt sich irgendwann nicht mehr entkommen. Vielleicht ist unsere Gesellschaft jetzt, nach dem Mannheimer Anschlag auf Michael Stürzenberger, an diesem Punkt“, so Schröder. Politik und Gesellschaft sollten aus dieser Erkenntnis zwei Konsequenzen ziehen: „Zum einen ist mit dieser Einsicht klar, dass die Integration von muslimischen Zuwanderern schwieriger ist als die von nichtmuslimischen.“ Maßnahmen, um die Zuwanderung insbesondere aus diesen Herkunftsländern deutlich zu begrenzen und Abschiebungen konsequent durchzuziehen, seien daher für die Zukunft des Landes existenziell. Zum anderen gelte es, sich von einer „Lebenslüge der Integrationsdebatte“ zu verabschieden. Die laute: „Integration bedeutet nicht Assimilation.“ Stattdessen müsse man auf der Ebene der Grundwerte, bei den fundamentalen Prinzipien des Gemeinwesens, Assimilation einfordern.

# Deutschland: Islamismus - Kritik an „verfehlter Politik“ der Bundesregierung

## Vorwurf: Sie ist eine Ursache für das Erstarren radikal-islamischer Gruppen

Göttingen (IDEA) – Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat der Bundesregierung eine „verfehlte Politik“ im Blick auf den Islamismus vorgeworfen. Diese sei „eine Ursache für die Destabilisierung in Afghanistan und Syrien und das Erstarren radikal-islamischer Gruppen und Milizen“, sagte der Nahostreferent der Organisation, Kamal Sido, am 7. Juni in Göttingen. Der Bundeskanzler und die Regierung müssten sich vorwerfen lassen, „dass es vor allem ihre außenpolitischen Partner in der Türkei oder in Katar sind, die den islamistischen Terror und seine Taten nicht nur verherrlichen, sondern den Islamismus vielerorts politisch, aber auch mit Geld und Waffen unterstützen“. Es sei höchste Zeit, dass die Bundesregierung ihre gesamte Politik im Umgang mit islamistischen Partnern wie dem türkischen Präsidenten Erdogan, dem Emir von Katar oder der syrischen Muslimbruderschaft überdenke. „Nicht sie, sondern die demokratischen Kräfte in den islamisch geprägten Ländern, die für Frauenrechte, demokratische Werte und Religionsfreiheit eintreten, sind unsere Partner und Verbündeten“, so Sido. Er nahm auch zu Äußerungen von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Stellung, Schwerstkriminelle und Gefährder auch in Länder wie Afghanistan und Syrien abzuschicken. In einer Regierungserklärung hatte Scholz am 6. Juni gesagt: „Solche Straftäter gehören abgeschoben, auch wenn sie aus Syrien und Afghanistan stammen“. Das Sicherheitsinteresse Deutschlands wiege in solchen Fällen schwerer als das Schutzinteresse des Täters. Über die praktische Umsetzung verhandele das Bundesinnenministerium mit den Nachbarländern Afghanistans, so Scholz. Sido warnte davor, mit den in Afghanistan herrschenden Taliban zusammenzuarbeiten, um Abschiebungen zu ermöglichen. Dies würde „das Gewaltregime der Taliban legitimieren, die Frauen und Minderheiten wie die schiitischen Hazara massiv verfolgen und unterdrücken“.

# Deutschland: München-Dritte Bürgermeisterin übt Kritik an UNUM-Konferenz

## Vorwurf: Die Veranstalter seien „LGBTIQ\*-feindliche Akteure“

München (IDEA) – Die Dritte Bürgermeisterin der Stadt München, Verena Dietl (SPD), hat die Glaubenskonferenz „UNUM24“

[www.idea.de/artikel/unum24-eine-glaubenskonferenz-fuer-alle-konfessionen](http://www.idea.de/artikel/unum24-eine-glaubenskonferenz-fuer-alle-konfessionen)

kritisiert. Sie wird vom 20. bis 23. Juni in der Olympiahalle in München stattfinden und will nach eigenen Angaben Christen aller Konfessionen zu Gebet, Lobpreis und Vorträgen zusammenbringen. In einer Stellungnahme, die der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA vorliegt, heißt es, dass Dietl mit Sorge zur Kenntnis genommen habe, dass es sich dabei um ein Treffen „verschiedener fundamental-christlicher LGBTIQ\*-feindlicher Akteure“ handle. Es finde zudem parallel zum Christopher Street Day (CSD) statt. Aktuell gebe es jedoch keine rechtlichen Möglichkeiten für die Landeshauptstadt, eine derartige Veranstaltung in den Räumen der städtischen Tochtergesellschaft OMG (Olympia Park München GmbH) zu unterbinden. Entsprechend obliege es vor allem den Veranstaltern der Konferenz, „den demokratischen Charakter ihres Events unter Beweis zu stellen“. Die OMG werde in ihrem Auftrag jedoch weitere Möglichkeiten prüfen, ein Zeichen für Toleranz auch im Olympiapark an diesem Wochenende zu setzen und diese so weit möglich umzusetzen, so Dietl. Sie wolle darüber hinaus klarstellen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München nicht geduldet werde – „weder auf der Straße noch auf geschlossenen Veranstaltungen. Queeres Leben ist seit ihrer Gründung Teil der Münchner Stadtgeschichte.“ Die konsequente Gleichstellung von „Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans\*, inter\* und queeren Menschen“ sei ein Prinzip der Münchner Stadtpolitik, für das sie sich immer stark machen werde.

## Organisatoren: Keine Plattform für politische Auseinandersetzungen

Die beiden Initiatoren der Konferenz, Pastor Gerhard Kehl (Kempten/Allgäu) und Fadi Krikor (Griesstätt/Oberbayern), übermittelten IDEA auf Nachfrage eine Stellungnahme zu den Vorwürfen. Darin betonten sie, dass die Konferenz „keine Plattform für politische oder gesellschaftliche Auseinandersetzungen“ sei, so wichtig diese auch seien. Ihr Thema sei der Glaube an Jesus Christus. Im Zentrum stehe „das Einssein und die Einigkeit unterschiedlicher christlicher Gemeinden und Ausprägungen, die gemeinsame Anbetung, Gottesdienste, Predigten und das Feiern unseres Glaubens mit Worship Bands“. Welche weiteren Veranstaltungen zeitgleich in einem Ballungsgebiet wie München stattfänden, sei für die Veranstalter nicht relevant. So fänden zeitgleich in unmittelbarer Nähe im Olympiapark das Public Viewing der Fußball-EM, im Stadion nebenan ein Andreas Gabalier-Konzert und in der Innenstadt der CSD statt. „Wir freuen uns, dass die Stadt München eine weltoffene Stadt ist und gleichzeitig Gastgeber sein kann für solch ein großes Angebot an Veranstaltungen.“ Zum Hintergrund: Die Konferenz wurde im Vorfeld auch von theologisch konservativen Christen kritisiert. So haben die Pastoren der Freien evangelischen Gemeinde (FeG) München-Mitte, Matthias Lohmann und Matthias Mockler, ihren Gemeindegliedern davon abgeraten

[www.idea.de/artikel/muenchner-freikirche-raet-vom-besuch-der-unum24-ab](http://www.idea.de/artikel/muenchner-freikirche-raet-vom-besuch-der-unum24-ab)

, die Konferenz zu besuchen. Als Grund nannten die beiden unter anderem die Teilnahme des leitenden Pastors der US-amerikanischen „Bethel Church“ in Redding (US-Bundesstaat Kalifornien), Bill Johnson. Er vertritt Mockler zufolge eine „unbiblische Heilungstheologie“, die besagt, dass Gott immer heilen wolle. Zudem habe der Einfluss der „Bethel Church“ in vielen deutschen Freikirchen für Spaltungen gesorgt.

# Deutschland: Steinwurf durch Kirchenfenster verletzt Chorsänger

## Bonn: Die Tat ereignete sich während eines Konzerts

Bonn (IDEA) – Ein Unbekannter hat während eines Konzertes in der Bonner Kreuzkirche einen Stein durch ein Kirchenfenster geworfen und dabei einen Chorsänger verletzt. Das teilte der Verantwortliche für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Evangelischen Kirchenkreis Bonn, Pfarrer Joachim Gerhardt, auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit. Der Vorfall ereignete sich am 9. Juni gegen 18.40 Uhr. Zu der Zeit sei die evangelische Kirche mit ihren rund 1.200 Sitzplätzen voll besetzt gewesen, so Gerhardt. 80 Künstler führten ein Konzert mit Werken von Johann Sebastian Bach (1685–1750) auf. Im Chor seien zwei Ärzte gewesen, die Erste Hilfe leisteten. Der verletzte Sänger erlitt eine Platzwunde und musste im Krankenhaus behandelt werden. Er wurde noch am selben Abend entlassen. Ihm gehe es wieder gut, so Gerhardt. „Der Chor ist traumatisiert. Der Stein hätte jeden treffen können. Es hätte noch schlimmer enden können“, sagte er. Nach einer kurzen Unterbrechung wurde das Konzert fortgeführt. Einem Teil des Publikums war es laut Gerhardt nicht klar, dass der Vorfall nicht zur Inszenierung gehörte. Einige hätten gedacht, ein Scheinwerfer sei heruntergefallen. Die Bonner Polizei fahnde aktuell nach dem Täter. Die Kirche warte die Ermittlungen ab und wolle dann überlegen, wie solche Veranstaltungen zukünftig besser gesichert werden können. Der Schaden am Kirchenfenster liegt laut Gerhardt im vierstelligen Bereich. Das zuständige Bonner Kriminalkommissariat sucht Zeugen, die Hinweise auf den Tatverdächtigen geben können (Tel. 0228-15-0, Mail: [kk15.bonn@polizei.nrw.de](mailto:kk15.bonn@polizei.nrw.de))

# Großbritannien: Feindseligkeit gegen Christen

IIRF-D/OIDAC-E/Tübingen/14/06/2024 – Die in Wien ansässige Menschenrechtsorganisation "Dokumentationsarchiv der Intoleranz gegen Christen" / "Observatory on Intolerance and Discrimination against Christians" teilte besorgniserregende Entwicklungen bezüglich Religionsfreiheit/religiöse Intoleranz in Großbritannien mit:

»Eine neue Studie von **Voice for Justice UK**, bei der mehr als **1.500 Christen befragt wurden**, zeigt, dass **mehr als die Hälfte** der Befragten **Feindseligkeit und Spott erlebten, wenn sie ihren christlichen Glauben teilten**. Diese alarmierenden Zahlen decken sich mit den Beobachtungen von OIDAC Europe über den wachsenden Druck auf Christen.

Der Bericht "The Costs of Keeping the Faith " von **Voice for Justice UK** ist das Ergebnis qualitativer und quantitativer Untersuchungen, die auf Fragebögen basieren, die von 1.562 Befragten aus verschiedenen christlichen Konfessionen und Altersgruppen ausgefüllt wurden, einschließlich Multiple-Choice- und offenen Fragen.

Den qualitativen Daten zufolge gaben **56 % der Befragten** an, dass sie **Feindseligkeit und Spott** erlebt haben, wenn sie über ihre religiösen Überzeugungen sprachen, **bei den unter 35-Jährigen waren es sogar 61 %**. Die quantitativen Daten zeigten außerdem, dass **18 % der Menschen Diskriminierung erlebt hatten**, wobei diese Erfahrungen in der jüngeren Altersgruppe zunahmen.

*"Was in dem Bericht besonders besorgniserregend ist, ist das hohe Maß an Selbstzensur unter jüngeren Befragten, da sich nur 36 % der jüngeren Generation frei fühlen, ihre Ansichten bei der Arbeit zu äußern. Diese Ergebnisse bestätigen, was auch unsere Forschung zur Selbstzensur zeigt: Religiöse Gläubige und jüngere Menschen sind besonders anfällig für Selbstzensur."*

- Anja Hoffmann, Direktorin von OIDAC Europe

Die Umfrage ergab außerdem, dass Christen, die konservative soziale Einstellungen zum Ausdruck brachten, am ehesten verunglimpft wurden oder sogar ihren Arbeitsplatz verloren. **Schulen** wurden als besonders feindselig gegenüber dem christlichen Glauben identifiziert, was Eltern dazu veranlasste, ihre Kinder sogar zu **ermutigen, über ihren Glauben zu schweigen**, um **Mobbing und Spott zu vermeiden**.

Die Befragten sagten auch, dass die **Medien** eine besondere Rolle dabei spielten, "ein **negatives Stereotyp von Christen** aufrechtzuerhalten", und Christen schienen von den Medien mehr als jede andere religiöse Gruppe angegriffen zu werden.

**Lynda Rose**, Direktorin von Voice for Justice UK, erklärt: *"Das Christentum ist das Fundament der britischen Gesellschaft und untermauert unsere Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt. Aber unsere Umfrage zeigt, dass Christen in Großbritannien, sowohl am Arbeitsplatz als auch im sozialen Bereich, zunehmend Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind."* Rose sieht die Hauptursache in *"einer Ideologie, die dem Christentum aktiv feindlich gesinnt ist. Wenn wir unsere Toleranz und Freiheit schützen wollen, dann müssen wir das Christentum selbst schützen."*

Laut einer Studie von OIDAC Europe rangiert das **Vereinigte Königreich** weit oben unter den europäischen Ländern, die die Religionsfreiheit einschränken. Wir sind daher dankbar für diese umfangreiche Umfrage, da Daten zur Diskriminierung von Christen mehr denn je benötigt werden.«

Eine Kopie des Berichts "**The Costs of Keeping the Faith** "

(in englischer Sprache) ist abrufbar unter [vfjuk.org/wp-content/uploads/2024/06/The-Costs-of-Keeping-the-Faith-Report.pdf](https://vfjuk.org/wp-content/uploads/2024/06/The-Costs-of-Keeping-the-Faith-Report.pdf)

# Haiti: Pater Auguste – "Die Situation lässt sich kaum in Worte fassen"

Port-au-Prince (Fides) - "Das Leben in Haiti, insbesondere im Großraum Port-au-Prince, lässt sich kaum in Worte fassen. Wir befinden uns in einem Zustand fast völliger Anarchie. Die Menschen sind im Allgemeinen nicht in der Lage, ihren Tätigkeiten nachzugehen, und die wichtigsten Straßen sind gesperrt", so der in Haiti lebende Pater Victor Auguste, ein Missionar der Salesianer Don Boscos. "Die Gewalt der Banden führt zu einer beträchtlichen Anzahl von Vertriebenen, vor allem Frauen und Kinder", bekräftigt er. Trotz der großen Unsicherheit und des Elends stehen die Salesianer Don Boscos zusammen mit vielen anderen dem haitianischen Volk weiterhin zur Seite.

„Jeden Tag sind wir enormen Risiken ausgesetzt, und wenn ich höre, dass eine Einrichtung überfallen wurde, denke ich daran, wann wir an der Reihe sein werden“, fährt der Missionar und Ökonom der Salesianer Don Boscos fort. „Vor ein paar Wochen wurden mehrere Ordensschwwestern entführt. Die Täter sind in ihr Haus eingedrungen und haben sie mitgenommen. Nach ein paar Tagen sind sie wieder aufgetaucht. Und dasselbe passiert mit der Zivilbevölkerung. Sie verschwinden und die Täter fordern um Geld, um sie freizubekommen. Wir leben inmitten der Ereignisse und sind wie unsere Brüder und Schwestern mit den gleichen Schwierigkeiten konfrontiert. Doch wir haben nie die Möglichkeit in Betracht gezogen, das Land zu verlassen, denn das würde bedeuten, dass wir unseren Auftrag aufgeben, den Bedürftigsten in schwierigen Zeiten zu helfen. Es ist wahr, dass wir jetzt alle verletztlich sind, aber es ist unsere Lebensentscheidung. Den Menschen nahe zu sein und zu erleben, was sie durchmachen, ist bereits ein großes Zeichen der Hoffnung, denn wir hoffen, dass es uns gelingt, ihnen in ihren dringendsten Bedürfnissen zu helfen.“

"Wir leben ständig in einem Klima der Unsicherheit, mit Zwangsumsiedlungen und Hungersnöten. Die Probleme mit Nahrungsmitteln, Hygiene und Trinkwasser müssen dringend gelöst werden. Es ist auch sehr schwierig, das wirtschaftliche Überleben zu sichern. Das wenige Geld, das wir hatten, war für die Einschulung der Schüler bestimmt. Jetzt können die meisten Schulen in Port-au-Prince nicht geöffnet werden. Als Ökonom muss ich die Gemeinschaft um eine drastische Rationierung bitten, denn wir wissen wirklich nicht, was morgen passiert. Klar ist, dass die Banden das ganze Land kontrollieren wollen. Die meisten finanziellen Mittel, die wir haben, kommen aus dem Ausland. Es ist sehr schwierig, in den Ballungsgebieten Hilfe zu bekommen, weil die Kommunikationswege geschlossen sind. Im Rest des Landes, vor allem im Norden, kann jedoch etwas getan werden. Dort können wir Produkte kaufen und sie an diejenigen verteilen, die uns am nächsten stehen, wie z. B. Studenten, ihre Familien und unsere Mitarbeiter", berichtet der Missionar.

P. Victor schließt mit einem Appell an die gesamte internationale Gemeinschaft, sich an Initiativen zu beteiligen, um dem haitianischen Volk aus seiner ernsten Lage zu helfen. "Haiti befindet sich seit Jahren in einer schweren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise... und aus diesem Grund ist es schwierig, konkrete und praktische Hilfe zu mobilisieren, die den kriminellen Banden entgegenwirken kann. Wir sind all jenen dankbar, die uns helfen, und für das Interesse, das sie zeigen, um etwas über diese Krise zu erfahren, die wir im Stillen und angesichts der Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft durchleben", bekräftigt der Ordensmann.

(AP) (Fides 7/6/2024)

# Indien: Hindunationalistische Partei verfehlt Mehrheit

## Christen und andere religiöse Minderheiten erleichtert

IIRF-D/CT/Tübingen/10/06/2024 – Die renommierteste US-amerikanische christliche Zeitschrift "Christianity Today" berichtet einerseits von Erleichterung und Dankbarkeit unter Christen über den Ausgang der Parlamentswahlen in Indien, der größten Demokratie der Welt. Andererseits bleibt die nüchterne Erkenntnis, dass die Verfolgung nicht über Nacht aufhören wird:

»Die von der BJP geführte National Democratic Alliance (NDA) bleibt die größte Koalition und wird die nächste Bundesregierung bilden, was Modi wahrscheinlich zum ersten indischen Staatsoberhaupt macht, das drei Amtszeiten seit Jawaharlal Nehru die erste Regierung des Subkontinents nach der Unabhängigkeit leitete. Doch als sich die offizielle Auszählung der Stimmen am 4. Juni über Mitternacht hinzog, zeigten die Ergebnisse, dass die Wähler Modis Hoffnungen auf eine überwältigende Mehrheit ablehnten, von denen viele [befürchteten](#), dass sie ihn in die Lage versetzt hätten, [Indiens säkulare und demokratische Grundlagen](#) neu zu gestalten.

Christen und andere religiöse Minderheiten in Indien vereinten sich für die Sache des Pluralismus.

"Die Menschen haben sich klar für eine Rückkehr zu den Gründungsidealen Indiens ausgesprochen", sagte Vijayesh Lal, Generalsekretär der Evangelical Fellowship of India (EFI), die mehr als 65.000 protestantische Kirchen vertritt. "Sie bevorzugen Harmonie gegenüber engstirnigem Sektierertum und spaltender Politik."

Mit einer populistischen Kampagne des Hindu-Nationalismus führte Modi die BJP 2014 zu einem Erdrutschsieg und sicherte sich 282 von 543 Sitzen in der Lok Sabha, dem indischen Unterhaus – die erste absolute Mehrheit für eine einzelne Partei seit 30 Jahren. Sein Mandat wurde 2019 gestärkt, als die BJP ihre Zahl auf 303 Sitze erhöhte.

Nachdem er die politische Kontrolle über die Bundesgesetzgebung und viele der 28 indischen Bundesstaaten gewonnen hatte, schien Modi auf dem Weg ins Jahr 2024 unbesiegbar. Viele Kritiker befürchteten, dass die Mehrparteiendemokratie des Landes [in Richtung Autoritarismus abgeleitet](#).

Stattdessen behaupten die Oppositionsführer nun, die Ergebnisse der Wahl 2024 hätten [Modis Aura der Unbesiegbarkeit erschüttert](#). Während die von der BJP geführte Koalition mit 286 Sitzen immer noch eine knappe parlamentarische Mehrheit erhielt, gewann die BJP selbst nur 240 Sitze – 63 weniger als 2019 und weit weniger als die 272 Sitze, die sie benötigte, um allein zu regieren.

Modi hatte öffentlich [erklärt](#), dass er 370 Sitze gewinnen würde und dass seine Koalition über 400 Sitze gewinnen würde. In einem solchen Szenario vermuteten Christen und viele andere Inder, dass Modi die Nation näher an die Vision der rechtsextremen Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), der ideologischen Mutter der BJP, bringen würde.

John Dayal, Sprecher der All India Catholic Union, sagte, ein überwältigendes Mandat hätte Modi in die Lage versetzen können, Indien in eine Hindu-Nation umzugestalten [und religiösen Minderheiten und indigenen Gemeinschaften ihre Rechte und Ressourcen](#) zu entziehen.

Die 1925 gegründete RSS gilt als eine der [größten](#) rechtsextremen Freiwilligenbewegungen der Welt. Einer ihrer Gründungsführer, M. S. Golwalkar, [schrieb](#), dass Indiens religiöse Minderheiten "der Hindu-Nation völlig untergeordnet sein müssen, nichts beanspruchen, keine Privilegien verdienen, geschweige denn eine Vorzugsbehandlung, nicht einmal Bürgerrechte".

Eine solche Rhetorik hat sich in das Narrativ der BJP eingebettet, was zu einer Zunahme von Hassverbrechen gegen Christen geführt hat.

...

Indische Christen mobilisierten sich zum Gebet. EFI-Mitglieder, die mehr als 50 Konfessionen und 150 christliche Organisationen vertreten, sowie andere Konfessionen kamen in Marathon-Gebetssitzungen und interkirchlichen Gebetsketten zusammen.

...

Die INDIA Koalition wird auch hart arbeiten müssen, um eine funktionierende Opposition zu werden, da sich das vielfältige Bündnis zusammengeschlossen hat, um Modi ohne eine [gemeinsame](#) ideologische Vision zu besiegen. Während Gandhis Kongresspartei die größte in der Koalition ist, kamen mehr als die Hälfte der indischen Sitze von regionalen Parteien.

Dennoch weckte das Ergebnis bei den Christen Hoffnung.

...

Trotz der insgesamt positiven Wende bei den Wahlergebnissen warnte Lal jedoch, dass die soziale Polarisierung und die Christenverfolgung in Indien wahrscheinlich nicht sofort verschwinden werden. Jahrzehnte seien nötig, um den gesellschaftlichen Willen zu formen, der notwendig sei, um sektiererischen Hass abzulehnen und die Brüderlichkeit wiederherzustellen. Die Aussichten bleiben in der Tat "düster", sagte er.

Nichtsdestotrotz ist der aktuelle politische Balsam willkommen.

"Die indischen Wahlen 2024 haben die Erwartungen übertroffen", sagte Lal. "Der hohle Sieg der BJP und die triumphale Niederlage der Opposition haben die Macht der Demokratie bestätigt, den Kurs einer Nation zu ändern, allen Widrigkeiten zum Trotz." «

Quelle: [https://www.christianitytoday.com/news/2024/june/india-election-results-2024-christians-modi-bjp-prayer.html?utm\\_source=CT%20Daily%20Briefing%20Newsletter&utm\\_medium=Newsletter&utm\\_term=921252&utm\\_content=16906&utm\\_campaign=email](https://www.christianitytoday.com/news/2024/june/india-election-results-2024-christians-modi-bjp-prayer.html?utm_source=CT%20Daily%20Briefing%20Newsletter&utm_medium=Newsletter&utm_term=921252&utm_content=16906&utm_campaign=email)



# Indien: Leidensweg eines Pastors

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/14.06.24 - Pastor Josemon Pathrose hat fast den ganzen Februar im Gefängnis verbracht und nach vier Monaten endlich sein beschlagnahmtes Fahrzeug zurückbekommen. Die Schikanen und strafrechtlichen Anklagen, die er durch Hindu-Extremisten erdulden musste, sind in Indien keine Seltenheit.

Pathrose und ein weiterer Christ waren am 3. Februar auf dem Rückweg von Uttar Pradesh nach Gwalior im Bundesstaat Madhya Pradesh, als sie im Dorf Khudatpura im Bezirk Jalaun anhielten, um eine Familie zu besuchen, die an seinem Online-Treffen teilgenommen hatte.

Während sie Tee tranken, stürmten Mitglieder der hinduistischen Extremisten Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) und Vishwa Hindu Parishad herein und behaupteten, der 55-jährige Pastor wolle Menschen in betrügerischer Absicht bekehren. Die Polizei traf bald darauf ein und verhaftete Pastor Pathrose und seinen Begleiter, beschlagnahmte sein Fahrzeug, Bibeln und Literatur und brachte sie und drei weitere Christen zur Madhogarh-Polizeistation.

"Sie schlugen uns, als sie uns verhörten", sagte Pastor Pathrose gegenüber Morning Star News. "Sie nannten mich den Anführer der 'Bekehrungsbande'."

Die Beamten fragten sie unter anderem, wie viel Geld sie für jede Bekehrung zum Christentum angeboten hätten, wie viele Menschen sie bekehrt hätten, woher sie ausländische Gelder für Bekehrungen bekämen, wie viele Orte sie evangelisiert hätten und "wer noch zu eurer Bande gehöre", so der Pastor.

Ein Hindu namens Abhishek Singh erstattete Anzeige und behauptete, Pastor Pathrose und sein Team hätten ihm 200.000 Rupien (2.400 US-Dollar) "und weitere Vergünstigungen" angeboten, damit er zum Christentum konvertiere - eine Anschuldigung, die der Pastor rundweg bestreitet -, aber die Polizei erstattete Anzeige, die jedoch nichts mit der betrügerischen Konversion zu tun hat: "Vorsätzliche Verletzung religiöser Gefühle durch Beleidigung der Religion oder religiöser Überzeugungen" (Abschnitt 295A des indischen Strafgesetzbuchs), "Förderung von Disharmonie" (153A) und "Äußerungen, die Feindschaft, Hass oder Feindseligkeit erzeugen oder fördern" (505-2).

Sie beschlagnahmten sein Fahrzeug und die Bibeln auf der Grundlage von Abschnitt 207 des Kraftfahrzeuggesetzes, der es den Behörden erlaubt, "Fahrzeuge, die ohne die erforderlichen Genehmigungen und Zulassungen gefahren werden, anzuhalten und Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Sie können sogar das Fahrzeug beschlagnahmen, wenn festgestellt wird, dass es für einen illegalen Zweck verwendet wird".

Pathrose betreibt ein Geschäft für christliche Literatur in Gwalior und war mit Bibeln und Literatur unterwegs, um sie auf einer 50-tägigen Messe auszustellen, für die er einen Stand gemietet hatte.

"Ich habe seit vielen Jahren einen Stand auf dieser Messe gemietet und betreibe ihn jedes Jahr unter dem Namen 'Bible Shop'", teilte Pastor Pathrose dem vernehmenden Beamten mit. "Ich habe alle erforderlichen Genehmigungen und Unterlagen und zahle eine Miete von 25.000 Rupien pro Monat."

Der Pastor hatte 13 vollständige Bibeln, 50 Neue Testamente und einen Packen christlicher Broschüren, die er an seinem Stand ausstellte.

"Als die Polizei kam, um mich zu verhaften, habe ich weder gepredigt noch eine Bibel bei mir gehabt", so Pathrose gegenüber Morning Star News. "Meine Bibeln und Literatur waren in meinem Lastwagen. Ist es ein Verbrechen, seine eigenen religiösen Texte in seinem Fahrzeug mitzuführen?"

Sein Fahrzeug, sein Mobiltelefon, sein Bargeld und die gesamte christliche Literatur, einschließlich der Bibeln, wurden beschlagnahmt, ebenso wie das Telefon und das Bargeld eines Freundes.

Pathrose wies den Vorwurf der betrügerischen Bekehrung durch den Beschwerdeführer zurück und sagte, er habe ihn nie zuvor gesehen, gekannt oder getroffen, da es sein erster Besuch im Dorf Khudatpura gewesen sei.

In den folgenden zwei Tagen brandmarkten lokale Medienkanäle und Zeitungen Pastor Pathrose als Anführer einer "Bekehrungsbande" und stellten alle verhafteten Christen als "Bandenmitglieder" dar.

Die Beamten hielten die beiden Christen etwa 30 Stunden lang auf dem Polizeirevier fest, bevor sie einem Richter vorgeführt wurden, der sie ins Gefängnis von Orai im Bezirk Jalaun schickte, ohne sie zu befragen.

"Es war offensichtlich, dass sie von den Behörden den Befehl hatten, keinen Christen zu verschonen", sagte er. "Sie hatten keinen Grund, uns zu verhaften, also wurden während unseres Verhörs Gründe formuliert. Wir wurden angegriffen und verhört und fast gezwungen, etwas zu sagen, das ihnen einen Grund geben würde, ein Verfahren gegen uns einzuleiten".

Pathrose sagte, dass die Polizei die drei anderen Festgenommenen getrennt hielt und sie ebenfalls misshandelte. Sie wurden einem anderen Richter vorgeführt und am nächsten Tag freigelassen; der Pastor war sich nicht sicher, ob sie eine Kautions hinterlegen mussten.

Pastor Pathrose beschrieb die Bedingungen im Gefängnis als "erbärmlich", einschließlich "Mobbing, Erpressung und psychische Folter".

Das Gericht in Jalaun Junior lehnte ihr Gesuch um Freilassung gegen Kautions ab, woraufhin ihr Anwalt einen Antrag auf Freilassung gegen Kautions beim Bezirksgericht Orai stellte, das am 22. Februar ihre Freilassung gegen eine Kautions von jeweils 50.000 Rupien (600 US-Dollar) anordnete. Da es schwierig war, in einem ihnen unbekanntem Gebiet Bürgen zu finden, mussten sie lange auf ihre Freilassung warten, denn "die Dokumente mussten vier strenge Prüfungen bestehen, bevor sie berücksichtigt wurden", so der Pastor.

Pathrose und sein Freund wurden schließlich am 1. März freigelassen. Am selben Tag beantragte er die Rückgabe seiner beschlagnahmten Gegenstände. Die Behörden teilten ihm mit, dass er eine Kautions in Höhe von 50.000 Rupien (600 US-Dollar) für sein Mobiltelefon, seine Bibeln, seine Literatur und 3.500 Rupien in bar hinterlegen müsse, während sein Freund eine Kautions in Höhe von 25.000 Rupien (300 US-Dollar) für sein Telefon und 300 Rupien in bar hinterlegen müsse.

"Es war so schwer für uns, zwei weitere Bürgen zu finden", sagte Pastor Pathrose. "Nach viel Beharrlichkeit haben wir es schließlich irgendwie geschafft."

Als er sein Fahrzeug abholen wollte, verlangten die Beamten eine weitere Bürgschaft in Höhe von etwa 275.000 Rupien (3.300 US-Dollar). Schließlich akzeptierten sie eine Kautions von 125.000 Rupien (1.500 US-Dollar). Es war schwierig, diesen hohen Betrag aufzutreiben, aber schließlich überredete er einen Christen, seinen Traktor als Bürgschaft zur Verfügung zu stellen.

Als Pathrose sein Fahrzeug abholen wollte, sagten ihm die Beamten, dass er es nicht mitnehmen könne, weil ein Strafzettel wegen fehlender Papiere ausgestellt worden sei, obwohl er sagte, seine Papiere seien auf dem neuesten Stand. Sie zwangen ihn, zum Gericht zu gehen, um eine Strafe von 7.000 Rupien (85 US-Dollar) zu zahlen, aber "es wurde keine Quittung ausgestellt", sagte er.

Als er darauf bestand, "schrieben sie auf ein einfaches Papier und gaben es ihm", sagte er. "Alles kam mir verdächtig vor."

Als Pathrose schließlich sein Fahrzeug abholen wollte, nachdem er alle Zahlungen geleistet hatte, forderte die Polizei ihn auf, am nächsten Tag wiederzukommen. Er versuchte drei Monate lang, sein Fahrzeug zurückzubekommen, und fuhr bei sengender Sommerhitze jedes Mal 95 Meilen mit dem Motorrad, um Kautionsen und Dokumente zu besorgen.

"Vom 1. März bis zum 30. Mai wurden wir mehrmals aufgefordert, unsere Sachen abzuholen", sagte der Pastor.

Am 30. Mai bekam er schließlich sein Fahrzeug zurück, allerdings in schlechtem Zustand. „Die Zentralverriegelung war kaputt, die Seitenspiegel vandalisiert", sagte er.

Die Reparaturen werden ihn noch mehr Geld kosten.

Die beiden Christen können vor dem Obersten Gerichtshof Klage einreichen. Ein Polizist sagte dem Pastor jedoch, dass der Hausherr des Hauses, in dem sie festgenommen wurden, Har Narayan, gegen sie aussagen werde.

"Ich weiß nicht, inwieweit das wahr ist", sagt Pathrose. "Die Gastfamilie wurde massiv bedroht und hat jeden Kontakt zu uns abgebrochen. Unter Druck geben sie Aussagen gegen uns ab."

Der feindselige Ton der von der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) geführten Regierung der Nationalen Demokratischen Allianz gegenüber Nicht-Hindus hat Hindu-Extremisten in mehreren Teilen des Landes ermutigt, Christen anzugreifen, seit Modi im Mai 2014 an die Macht kam, sagen Anwälte für religiöse Rechte.

<https://morningstarnews.org/2024/06/pastors-ordeal-shows-challenge-christian-leaders-face-in-india/>

# Indien: Wahlausgang in Indien Grund zur Erleichterung

## Missionswerk: Die hindunationalistische BJP hat die absolute Mehrheit verfehlt

Aachen (IDEA) – Die Mitarbeiter des Internationalen Katholischen Missionswerks „missio“ (Aachen) haben mit Erleichterung auf den Wahlausgang in Indien reagiert. Das betonte die missio-Referentin Bettina Leibfritz im Interview mit dem katholischen Medienportal domradio.de (Köln). Zum Hintergrund: Die regierende hindu-nationalistische Bharatiya Janata Partei (BJP) von Premierminister Narendra Modi ist bei den Parlamentswahlen zwar stärkste Kraft geworden, verfehlte aber die absolute Mehrheit. Leibfritz zufolge ist es vor allem von Bedeutung, dass die BJP ihr erklärtes Ziel, mehr als 400 Sitze im Unterhaus und damit eine Zweidrittelmehrheit zu erlangen, nicht erreicht habe. Sonst hätte sie den säkularen Charakter der Verfassung ändern können, um den Hindus eine Vorrangstellung einzuräumen. Leibfritz sieht einen möglichen Grund für das Abschneiden der Regierungspartei in Modis aggressiver Rhetorik im Wahlkampf, die sich insbesondere gegen religiöse Minderheiten gerichtet habe. „Die Muslime sind zwar gegenüber den Hindus in der Minderheit, bleiben aber doch eine große Bevölkerungsgruppe. Und auch Nicht-Muslimen gefällt es nicht, wenn eine religiöse Minderheit auf so drastische Weise als Feind dargestellt wird.“ Der seit 2014 regierende Premierminister habe Muslime als „Infiltratoren“ bezeichnet, die zu viele Kinder hätten und zugleich behauptet, die Opposition wolle Hindus Geld wegnehmen und den Muslimen geben.

## Lage für Christen könnte sich verbessern

Leibfritz hofft außerdem, dass der Wahlausgang auch die Lage der Christen im Land verbessern werde und es beispielsweise nicht mehr so leicht sein werde, Christen zu inhaftieren, weil sie angeblich nicht hindukonform sprächen. Ein eher säkular ausgerichteter Hindu, der als Menschenrechtsaktivist tätig sei, habe sich ihr gegenüber erleichtert gezeigt und seine Hoffnung bekundet, dass es künftig einfacher sein werde, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Auch christliche Partner hofften, dass die Restriktionen nicht mehr so stark sein würden, wie sie es in den vergangenen Monaten und Jahren gewesen seien. Dennoch werde die BJP nach wie vor die größte Macht im Parlament bilden. „Das kann man nicht schönreden.“ Das Land stehe zudem vor den gleichen Herausforderungen wie zuvor. Selbst Modi habe kürzlich erneut erklärt, dass er die Armut im Land bekämpfen wolle. „Wir müssen im Blick behalten, dass Indien zwar einerseits wirtschaftlich boomt. Auf der anderen Seite tut sich eine riesige Schere zwischen Arm und Reich auf und es gibt immer noch Millionen von armen Menschen.“ Kurz nach den Wahlen habe Modi verkündet, dass er Indien bis 2047 in ein entwickeltes Land verwandeln wolle. Das sei ein hehres Ziel, an dem nichts auszusetzen sei, „solange er alle indischen Staatsbürger berücksichtigt“, so Leibfritz. Von den rund 1,4 Milliarden Einwohnern Indiens sind 72 Prozent Hindus, 14 Prozent Muslime und knapp fünf Prozent Christen.

# Indien: Weitere Gewalt in Manipur

## Einwohner wählen Oppositionsbündnis

Imphal (Fides) - Im Unruhe-Staat Manipur im Nordosten Indiens gibt es erneut Anzeichen von Spannungen und Gewalt. Nach den Parlamentswahlen und der Amtsübernahme von Narendra Modi, der Führer der nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP), in Neu Delhi, ist festzustellen, dass die Bevölkerung des Staates Manipur die lokale Regierung (der Premierminister des Staates ist N. Biren Singh von der BJP) abgewählt und dem von der Kongresspartei angeführten Oppositionsbündnis "INDIA" ihr Vertrauen geschenkt hat, indem sie drei Abgeordnete der Opposition zu ihren Vertretern wählte. In den letzten Monaten haben sich die nationalen Führer der Kongresspartei wiederholt zur Dringlichkeit einer Lösung der Krise geäußert, um eine Befriedung zu gewährleisten, und die BJP dafür kritisiert, dass sie es nicht geschafft hat, die Gewalt zu beenden.

Die jüngste Welle der Gewalt betraf den Bezirk Jiribam, wo Dorfbrände zwischen Angehörigen der Meitei und der Kuki-Gruppen gemeldet wurden: Der Vorfall zeugt von anhaltenden ethnischen Spannungen in Manipur. Nach Angaben der örtlichen Polizei wurden in Jiribam mehr als 1.000 Menschen, die den Gemeinschaften der Meitei und der Kuki-Zo angehören, vertrieben und in Behelfsunterkünften in entfernten Gebieten umgesiedelt. Die Zusammenstöße zwischen der mehrheitlich hinduistischen Meitei-Gemeinschaft und dem mehrheitlich christlichen Kuki-Zo-Stamm haben nach Angaben der Regierung bisher mehr als 220 Menschenleben gefordert und weitere 67.000 Menschen vertrieben.

Beobachtern zufolge versuchte die BJP, die bisher die Regierung des Bundesstaates Manipur anführte, die Gewalt zu ihrem politischen Vorteil auszunutzen, aber mit dem Ergebnis der jüngsten Wahlen wollte die Bevölkerung ihre Unzufriedenheit mit der Regierung des Bundesstaates zum Ausdruck bringen, die die beiden Gemeinschaften nur vorübergehend als Ausweg getrennt hatte. Angesichts der schwierigen Situation suchen christliche kirchliche Organisationen wie die „All Manipur Catholic Youth Organisation“ oder das von dem katholischen Erzbischof Thomas Menampampil initiierte "Manipur Interreligious Forum for Peace and Harmony" nach einer gemeinsamen Basis,

Die Meitei machen etwa 60 % der Bevölkerung aus und leben in den wohlhabenderen Gebieten des Tals rund um die Hauptstadt Imphal; die Minderheitenstämme Kuki-Zo und Naga leben in den hügeligen Bezirken rund um das Tal. In der indischen Verfassung sind einige historisch marginalisierte Stämme (die so genannten "Scheduled Tribes") als Empfänger spezifischer Programme für Entwicklung, Bildung und Landanteile aufgeführt. Die Meitei hatten den Status eines "Scheduled Tribes" seit mehreren Jahren beantragt, um Zugang zu diesen Programmen und Privilegien zu erhalten, und bekamen ihn im März 2023 dank eines Urteils des örtlichen Gerichts. Genau wegen dieses Urteils organisierten die anderen Stammesminderheiten Protestmärsche, die später in Gewalt und regelrechten Bürgerkrieg ausarteten. Der Gerichtsbeschluss wurde nun im Februar 2024 vom Obersten Gerichtshof von Manipur aufgehoben, der ihn als verfassungswidrig einstufte. Auf der Grundlage dieses Sachverhalts, so die christlichen Gruppen, könnte und sollte der Konflikt entschärft werden.

(PA) (Fides 12/6/2024)

# Indonesien: Kirche erhält nach 5 Jahren des Wartens die Baugenehmigung

International Christian Concern) - Nach fünf Jahren geduldigen Wartens hat eine Pfingstkirche im Dorf Margodadi, Bezirk Jati Agung, Region Süd-Lampung, endlich die Genehmigung zum Bau eines Gotteshauses erhalten.

Die örtlichen Behörden erteilten erstmals 2019 eine Baugenehmigung, aber die Bewohner wehrten sich gegen den Bau eines Kirchengebäudes in ihrem Dorf.

Dank des entschlossenen Handelns der Regierung der Region Süd-Lampung, die am 30. Mai die neue Baugenehmigung erteilte, kann die Pfingstgemeinde nun ungestört Gottesdienste feiern.

Sandi Roy Manatugo, Vorsitzender der indonesischen Pfingstkirche, dankte dem Regierenden von Süd-Lampung, H. Nanang Ermanto, für seine unermüdliche Unterstützung der religiösen Gemeinschaften in Süd-Lampung und für seine entscheidende Rolle bei der Erteilung der Baugenehmigung für die Kirche.

"Es ist fünf Jahre her, dass die Baugenehmigung für die Kirche erteilt wurde", sagte Manatugo. "Und heute, mit der Hilfe und dem Einsatz des Regierenden, Nanang Ermanto, wurde die Genehmigung abgeschlossen."

In der Zwischenzeit sagte Ermanto, er schätze die Synergie zwischen der lokalen Regierung und den Reihen der Polizei, dem Religionsministerium und dem Forum für religiöse Harmonie in Süd-Lampung (FKUB), die sich besonders um die Lösung dieses Problems gekümmert hätten.

Ermanto forderte den One-Stop Integrated Investment and Licensing Services Service (PMPPTSP) auf, unverzüglich eine Baugenehmigung (IMB) auszustellen.

"Die IMB wird bald erteilt werden, um Dinge zu vermeiden, die nicht wünschenswert sind", sagte Ermanto.

Der Leiter des PMPPTSP-Dienstes in Süd-Lampung reagierte daraufhin sofort mit der Ausstellung des Genehmigungsschreibens.

"Alle Bedingungen sind erfüllt, so dass es für uns keinen Grund gibt, die Genehmigung nicht zu erteilen", sagte Rio Gismara, Leiter des PMPPTSP-Dienste

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Irak: 2014 begann die Vertreibung vieler irakischer Christen

## 10. Jahrestag der IS-Eroberung Mossuls: Christen weiter unter Druck

Erbil/Mossul (IDEA) – Die Eroberung der irakischen Stadt Mossul durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) jährt sich zum 10. Mal. Auch heute stehen die dortigen Christen unter Druck. Das berichtete der chaldäisch-katholische Erzbischof von Erbil, Bashar Warda, gegenüber dem weltweiten katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“ (München). Zwischen dem 4. und dem 10. Juni 2014 hatte die Terrororganisation die nordirakische Stadt eingenommen. Die Eroberung Mossuls war der Auftakt für das Vorrücken der Islamisten auf weitere christliche Dörfer in der Ninive-Ebene. Die meisten Christen der Region flohen in den kurdischen Teil des Iraks. Laut Warda sind rund 70 Prozent der 13.200 geflohenen christlichen Familien Ende 2016 nach der Rückeroberung in die Region zurückgekehrt. „Verfolgung ist nicht mehr unsere Hauptsorge, aber der Druck, eine Minderheit zu sein, ist real“, so der Geistliche. Warda zufolge sind die schrecklichen Erinnerungen zwar noch da, doch mit Unterstützung internationaler Hilfsorganisationen wie „Kirche in Not“ hätten die Christen damit begonnen, ihre Häuser wieder aufzubauen. Es sei ein ermutigendes Zeichen, dass die Kirchen in der Ninive-Ebene wieder gut besucht seien, so der Erzbischof. Warda wies jedoch auch auf die aktuellen Nöte hin: „Viele Christen planen, wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten das Land zu verlassen. Junge Menschen fragen nach Jobs, nicht nur nach Spenden.“ Er sieht die internationale Gemeinschaft in der Pflicht, die Zukunft der Christen im Land zu sichern. Seine Gläubigen rufe er zu Geduld und zum Bleiben im Irak auf, so Warda. Im Jahr 2003 lebten noch rund 1,5 Millionen Christen im Irak. Nach den Vertreibungen durch den IS ist ihre Zahl nach Schätzungen auf 150.000 bis 250.000 gesunken. Die chaldäisch-katholische Kirche ist eine mit der römisch-katholischen Kirche verbundene Ostkirche mit über 500.000 Mitgliedern in 164 Pfarreien, vor allem im Irak und Syrien. In den USA leben rund 160.000 katholische Chaldäer, in Deutschland etwa 20.000.

Anmerkung Redaktion [AKREF](#):

# Irak: Christin muss wegen umstrittenem Gesetz zum Islam übertreten

## Auch ihre drei kleinen Kinder müssen laut Urteil Muslime werden

Erbil (IDEA) – Im nordirakischen Erbil hat ein Gericht aufgrund eines umstrittenen, 65 Jahre alten Gesetzes eine Christin dazu verurteilt, zum Islam überzutreten. Auch ihre drei Kinder müssen laut Richter nun Muslime werden. Das berichtet das lokale Nachrichtenportal „Rudaw“ (Erbil). Auslöser für das Urteil war die Beantragung eines neuen Personalausweises durch die Betroffene, Evlin Joseph. In der Behörde war nach eigenen Angaben darauf hingewiesen worden, dass ihre Mutter Muslima sei und daher auch Joseph sowie deren Kinder konvertieren müssten. Das Gericht folgte dieser Ansicht und stützt sich dabei auf das irakische Personenstandsgesetz aus dem Jahr 1959. Es sieht vor, dass minderjährige Kinder, deren Eltern zum Islam konvertieren, ebenfalls Muslime werden müssen. Im Fall von Joseph ließen sich ihre Eltern scheiden, als sie 15 Jahre alt war. Ihre Mutter heiratete später einen muslimischen Mann und konvertierte zum Islam. Bislang war dies von den Behörden aber unentdeckt geblieben. Joseph äußerte sich gegenüber „Rudaw“ entsetzt über das Urteil: „Ich bin Christin. Ich bin mit einem christlichen Mann verheiratet. Ich habe drei christliche Kinder.“ Ihre Ehe sei von der Kirche registriert. Das Gesetz hat neben dem Religionsstand weitere Auswirkungen, etwa auf das Erb- oder Sorgerecht. Auch die Ehe Josephs mit ihrem christlichen Mann ist ihr als konvertierte Muslima nicht gestattet, so „Rudaw“. Gegenüber dem Nachrichtenportal erklärte der Anwalt Akram Mikhail, dass er immer wieder mit ähnlichen Fällen zu tun habe. Er sei überzeugt, dass das Gesetz auch den Lehren des Islams widerspreche: „Damit wird jemand gezwungen, zum Islam zu konvertieren, und zwar mit Gewalt. Ich bin kein Islam-Experte, aber der Islam besagt, dass man anderen keine Religion aufzwingen darf.“

## Experten empfehlen Gesetzesreform für Christen

Die Problematik des Personenstandsgesetzes für Christen scheint bekannt zu sein. So trafen sich Ende Mai Experten unterschiedlicher Länder des Nahen Ostens zu einer Konferenz dazu an der Katholischen Universität in Erbil. An ihr nahm auch der Präsident der Region Kurdistan, Nechirvan Barzani, teil und bot seine Unterstützung für die Rechte der Christen im Irak und in der Region Kurdistan an. Der libanesische Experte Mohammed Nuqal wies darauf hin, dass Christen im Libanon, Jordanien und Syrien ein speziell für sie geltendes Personenstandsregister hätten. Die Teilnehmer der Konferenz empfahlen den christlichen Führern im Irak, entsprechende Reformen für das Personenstandsgesetz auszuarbeiten.

# Irak: Kardinal Sako kehrt nach Bagdad zurück: "Wir sind keine Kirche der Fremden"

Bagdad (Fides) - "Wir sind keine Kirche der Fremden", denn "wir sind die Nachkommen Abrahams, des Chaldäers, des Vaters aller Gläubigen" und "wir sind eine der Farben des schönen irakischen Gewebes, das bewahrt werden muss", so der irakische Kardinal Louis Raphael Sako, Patriarch der chaldäischen Kirche, am Mittwochabend, den 12. Juni, in seiner Predigt beim Gottesdienst in der Kirche „Mar Girgis“ anlässlich seiner Rückkehr nach Bagdad nach fast elfmonatiger Abwesenheit vom Patriarchat.

Im Juli 2023 hatte der irakische Präsident Abdul Latif Rashid das von seinem Vorgänger Jalal Talabani am 10. Juli 2013 erlassene Dekret 147 aufgehoben, das die päpstliche Ernennung des Patriarchen zum Oberhaupt der chaldäischen Kirche "im Irak und in der Welt" auf der Ebene der nationalen Gesetzgebung festlegte und ihn als "Verantwortlichen für das Eigentum der Kirche" anerkannte. Diese Bestimmung des Präsidenten hatte eine Krise in den Beziehungen zwischen dem chaldäischen Patriarchat und der irakischen politischen und institutionellen Führung ausgelöst, und Patriarch Sako dazu veranlasst, den Patriarchatssitz von Bagdad zu verlassen und nach Erbil umzuziehen.

In den vergangenen Tagen hatte ein vom irakischen Premierminister Muhammad Shiaa al-Sudani unterzeichnetes Dekret die "Ernennung" des irakischen Kardinals Louis Raphael Sako zum Patriarchen der chaldäischen Kirche "im Irak und in der Welt" bekräftigt und ihn erneut als denjenigen anerkannt, der letztlich für die Besitztümer und Stiftungen seiner Patriarchatskirche verantwortlich ist. Das Dekret, das die patriarchalischen Vorrechte von Kardinal Sako anerkannte, hatte den Weg für die Überwindung der Krise und die Rückkehr des Patriarchen nach Bagdad geebnet.

Am Tag der Rückkehr des Patriarchen versammelte sich die gesamte örtliche Gemeinde mit Ordensschwestern, Priestern und den Bischöfen Basilius Yaldo und Shlemon Warduni um den Kardinal.

In seiner Predigt dankte Patriarch Sako Gott dafür, "dass er dieser schwierigen Phase der Ungerechtigkeit durch die mutige Initiative des Ministerpräsidenten Muhammad Shiaa Al-Sudani ein Ende gesetzt hat". „Die Haltung des Premierministers“, fügte der irakische Kardinal hinzu, "gibt den Christen, die seit dem Sturz des früheren Regimes mehr als einmal auf die Probe gestellt wurden, neues Vertrauen und stärkt ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft".

„Die einheimischen Christen des Irak“, so betonte der Patriarch, "sind keine Fremden in diesem gesegneten Land. Wir sind die Nachkommen derer, die die mesopotamische Zivilisation gegründet haben. Wir sind die Nachkommen des Gilgamesch-Epos mit seinem tiefgründigen menschlichen Inhalt, die Nachkommen Hammurabis, des Verfassers des ersten Gesetzes der Menschheitsgeschichte, und die Nachkommen Abrahams, des Chaldäers, des Vaters der Gläubigen an den einen Gott. Unsere Kirche ist eine der ältesten Kirchen". Es handle sich um eine Kirche, die seit jeher eine absolute Loyalität zum Heimatland gelebt habe, dem "wir viel gegeben haben".

„Jetzt“, fügte der Patriarch hinzu, "wünschen wir uns, dass die Regierung mit uns auf der Grundlage der Prinzipien der Staatsbürgerschaft und der Gleichheit verhandelt, unsere Vertretung respektiert und unsere beschlagnahmten Häuser und unser Eigentum zurückerstattet“. Die Wiederherstellung der Gerechtigkeit für die Christen, betonte der Kardinal, "kann diejenigen, die ausgewandert sind, ermutigen, in ihr Land zurückzukehren, zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen".

(GV) (Fides 13/6/2024)



# Irak: Zehn Jahre nach der Besetzung durch den IS

## Weniger als 50 christliche Familien sind nach Mossul zurückgekehrt

Mossul (Fides) – Mossul, zehn Jahre später. Es war der 10. Juni 2014, als es den dschihadistischen Milizionären des Islamischen Staates (IS) erstmals gelang, ihre schwarzen Fahnen in der zweiten irakischen Stadt zu hissen, während die Regierungstruppen sich aus der Metropole zurückzogen.

Vor der Ankunft der Dschihadisten lebten in Mossul mindestens 1200 christliche Familien.

Mossul wurde 2017 vom Islamischen Staat erobert. Seitdem sind nur sehr wenige geflohene Christen dauerhaft in ihre Häuser zurückgekehrt. „Es gibt etwa 30 bis 40 Familien, oft nicht vollständig. Viele sind ältere Menschen. Mehrere Familien kommen und gehen von anderen Orten, sie stellen keine stabile Präsenz dar, die man wahrnehmen könnte“, bestätigt der chaldäische Bischof von Alqosh Paul Thabit Mekko, gegenüber Fides.

Die Tage der dschihadistischen Eroberung von Mossul gelten als Beginn einer Zeit voller Traumata und Schmerzen, die das Profil einer Stadt, die einst als Ort des Zusammenlebens verschiedener Glaubensgemeinschaften beschrieben wurde, tiefgreifend verändert zu haben, während die Stadt als Wiege einer der ältesten christlichen Gemeinden der Welt beschrieben wird.

Bis vor zwei Jahrzehnten gab es in Mossul mehr als 100.000 Christen, Teil eines sozialen Gefüges, in dem die sunnitische Mehrheit mit Schiiten, Jesiden und anderen Minderheiten friedlich zusammenlebten. Nach der von den USA geführten Militärintervention, die 2003 zum Sturz des Regimes von Saddam Hussein führte, begann die Zahl der Christen zu sinken. Seitdem hatte die konfessionelle Gewalt zugenommen.

Bereits im Juni vor zehn Jahren hatten viele christliche Familien Mossul verlassen, noch bevor die Stadt vollständig von IS-Milizionären erobert worden war. Am 12. Juni bestätigte der damalige chaldäische Erzbischof von Mossul, Amel Shimon Nona, gegenüber Fides, dass die überwiegende Mehrheit der 1.200 christlichen Familien die Stadt verlassen habe. Er selbst und seine Priester hatten in den Dörfern der Ninive-Ebene wie Kramles und Tilkif, einige Dutzend Kilometer von Mossul entfernt, Zuflucht gefunden. Gleichzeitig dementierte Erzbischof Nona die Gerüchte über Angriffe von IS-Kämpfern auf Kirchen. „Unsere Kirche, die dem Heiligen Geist geweiht ist“, berichtete der damalige Erzbischof gegenüber Fides, „wurde gestern und vorgestern von Diebesbanden geplündert, während die Stadt vom IS eingenommen wurde. Doch die in der Nähe lebenden muslimischen Familien riefen die islamistischen Milizionäre, die einschritten und den Plünderungen ein Ende setzten. Die muslimischen Familien selbst haben uns angerufen, um uns mitzuteilen, dass sie die Kirche nun übernommen haben und die Plünderer nicht zurücklassen werden.“

In den folgenden Wochen setzte sich der Exodus Tausender Christen aus Mossul fort. Ihre Häuser wurden zusammen mit denen der Schiiten als Häuser „markiert“, die von den Milizionären und neuen Anhängern des Islamischen Staates enteignet werden konnten. Zwei Ordensschwwestern und drei Jugendliche wurden vorübergehend von den Dschihadisten entführt. Dann, im Januar 2015, vertrieben die Soldaten des selbsternannten „Kalifats“ zehn ältere chaldäische und syrisch-katholische Christen aus Mossul, die aus den Dörfern der Ninive-Ebene zusammengetrieben und vorübergehend in der zweitgrößten irakischen Stadt untergebracht wurden, nachdem sie sich geweigert hatten, dem Christentum abzuschwören und zum Islam zu konvertieren.

Während der dschihadistischen Besetzung wurde Mossul zur irakischen Hauptstadt des Islamischen Staates. Ein Jahr später, im Juni 2015, kontrollierte der IS ein Drittel des Irak und fast die Hälfte Syriens, bedrohte Libyen und war Mitglied Dutzender bewaffneter Gruppen im Nahen Osten und in Afrika.

Der Militäreinsatz zur Beendigung der dschihadistischen Herrschaft in Mossul im Jahr 2017 dauerte mehrere Monate.

„Nach sieben Jahren“, so Bischof Paul Thabit Mekko gegenüber Fides, „glaube ich, dass mehr als 90 Prozent der Christen, die aus Mossul geflohen sind, nicht an eine Rückkehr denken. Was sie sahen, erzeugte eine psychologische Mauer. Einige wurden vertrieben, andere fühlten sich betrogen. Wir wissen nicht, ob sich die Situation ändern wird. Heute leben viele in Ankawa, dem von Christen bewohnten Bezirk von Erbil, sie fühlen sich dort sicherer, es gibt mehr Möglichkeiten zu arbeiten. Sie denken nicht daran, in eine Stadt zurückzukehren, die sich seit ihrer Zeit stark verändert hat. Sie würden sie nicht erkennen“.

(Fides 10/6/2024) Von Gianni Valente

# Iran: Konvertit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt

IIRF-D/BA/Tübingen/14.06.24 - Ein vom Islam konvertierter Iraner wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem seine christlichen Aktivitäten als Verstoß gegen die nationale Sicherheit gewertet wurden.

Esmail Narimanpour wurde am 28. Mai von einem Gericht in Ahvaz, im Westen des Iran, wegen "Handelns gegen die nationale Sicherheit" zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. ([wir berichteten](#))

Er wartet nun auf die Vorladung zum Antritt seiner Strafe.

Im Gegensatz zu den historisch gewachsenen armenisch- und assyrischsprachigen christlichen Gemeinschaften im Iran sind Farsi sprechende Christen wie Esmail Konvertiten vom Islam - also Abtrünnige - und daher nach islamischem Recht strafbar.

Esmail war einer von fast 50 Christen, die während der Weihnachtszeit verhaftet wurden. Seine Verhaftung erfolgte am 24. Dezember 2023, als sein Haus ohne Durchsuchungsbefehl durchsucht und seine christlichen Bücher beschlagnahmt wurden.

Er wurde mehr als vier Monate lang festgehalten und schließlich am 30. April gegen eine Kaution von mehr als umgerechnet 9.300 Euro freigelassen.

Esmail war bereits im April 2021 wegen "Propagandaaktivitäten zugunsten regimfeindlicher Gruppen" verhaftet worden. Er wurde für nicht schuldig befunden, und der Richter entschied, dass der Übertritt zu einer anderen Religion nach iranischem Recht nicht strafbar sei.

Dennoch wurde Esmaeli im Januar 2022 gezwungen, islamischen Religionsunterricht zu besuchen.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/iranian-christian-convert-sentenced-to-five-years-in-prison/>

# Iran: Was bedeutet die neue Situation für die Kirche im Land?

Der Absturz eines Hubschraubers mit dem iranischen Präsidenten und dem Außenminister an Bord stürzte das radikal-islamische Land, das sich seit Jahren in einer Dauerkrise befindet, in eine neue Phase innerer Spannungen. Tausende Iraner, so wird berichtet, jubelten über den Tod des „Schlächters“. Dieser war bereits vor seiner Wahl zum Präsidenten als Staatsanwalt und Oberster Richter maßgeblich an der Verurteilung zahlreicher Dissidenten zum Tode beteiligt und hat seitdem den repressiven Kurs des Staates weiter verschärft. Hunderte iranische Konvertiten sitzen im Gefängnis. Einige wenige konnten freigelassen werden, da nach dem Aufruhr um den Tod der jungen Frau Mahsa Amini (sie starb in Polizeigewahrsam wegen eines „Kopftuchdeliktes“), die Gefängnisse im Iran überfüllt waren.

Stellvertretend für das Leid vieler Konvertiten im Iran sei hier die Geschichte von Laleh Saati wiedergegeben, über die unsere Partner von IIRF-D und Barnabasfund berichtet haben: Die Farsi sprechende iranische Christin wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie "gegen die nationale Sicherheit gehandelt" habe, indem sie „Verbindungen zu 'zionistischen' christlichen Organisationen aufgenommen" habe. Zu den „Beweisen“ für ihre angeblichen Handlungen gegen die nationale Sicherheit gehörten ihre Teilnahme an "Hauskirchen" seit ihrer Rückkehr in den Iran und christliche Aktivitäten in Malaysia, einschließlich ihrer Taufe, die auf ihrem beschlagnahmten Mobiltelefon entdeckt wurden.

Bitte betet um Trost und Kraft für Laleh und ihre Eltern in dieser schwierigen Situation.

Farsi sprechende Christen sind Konvertiten aus dem Islam und werden daher nach islamischem Recht als Abtrünnige bestraft. Im Gegensatz zu den historischen armenischen und assyrischen christlichen Gemeinschaften dürfen sie weder Gottesdienste abhalten noch ihre Religion frei ausüben.

Laleh Saati lebte einige Zeit in Malaysia, bevor sie 2017 in den Iran zurückkehrte, um ihre betagten Eltern zu pflegen.

Mit großer Sorge beobachten wir die Situation im Iran und bitten um Fürbitte, dass die kommenden Präsidentenwahlen Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger des Landes erwirken und der vom Staat geschürte Hass gegen Israel ein Ende nimmt.

Danke für Eure Gebetsunterstützung.

Shalom - Gottes Frieden sei mit Euch.

Bischof Dr. Yassir Eric und das Communio Messianica-Team

# Kolumbien: Große Anteilnahme bei Beerdigung am getöteten Pfarrer

Bogotá (Fides) - In Anwesenheit von Hunderten von Priestern der Provinz Ocaña und zahlreichen Gläubigen fand am 6. Juni in seinem Heimatort Teorama die Beerdigung von Pfarrer Ramón Arturo Montejo Peinado statt, dem Pfarrer von San José in Buenavista, der am 4. Juni bei einem Raubüberfall brutal ermordet wurde.

Der Überfall auf Pater Montejo fand auf einem Parkplatz im Viertel Jesús Cautivo in Ocaña, Norte de Santander, statt, wo er der Geistliche sein Fahrzeug abgestellt hatte.

Laut Zeugenaussagen und Aufnahmen von Sicherheitskameras wurde der 45-jährige Priester von zwei Personen angesprochen, die ihn aufforderten, aus dem Fahrzeug auszusteigen. Als Pfarrer Montejo versuchte, sich zu wehren, stachen die Täter ihm zweimal in den Rücken, warfen ihn dann aus dem Fahrzeug und überfuhren ihn mit demselben Fahrzeug.

Die kolumbianische Polizei gibt an, dass sie die Männer, die für den Mord an dem Priester verantwortlich sein sollen, gefasst hat. Es handelt sich um zwei Personen mit venezolanischer Staatsangehörigkeit.

"Wir verurteilen zutiefst, dass irrationale Gewalt den Tod eines Priesters verursacht hat, der sein Leben der Verbreitung der Botschaft Jesu Christi von Frieden und Liebe gewidmet hat. Wir lehnen diesen Akt der Barbarei, der nicht nur das Leben eines Menschen, sondern auch die Grundprinzipien des Zusammenlebens und der Menschlichkeit bedroht, kategorisch ab", so der Erzbischof von Nueva Pamplona und Apostolische Administrator der Diözese Ocaña, Jorge Alberto Ossa Soto, im Namen der kolumbianischen Bischöfe den barbarischen Mord an Pater Montejo verurteilt.

Pfarrer Montejo wurde in der Gemeinde Teorama (Norte de Santander) geboren und war Pfarrer in San José de Buenavista (Ocaña) sowie Delegierter der Diözesankommission für Versöhnung und Frieden. Der katholische Priester war in der Region Catatumbo dafür bekannt, dass er an humanitären Missionen teilnahm, die zur Freilassung mehrerer entführter Personen führten.

Aus diesem Grund bat Erzbischof Soto die Behörden um vollständige Aufklärung der Umstände seiner Ermordung. Die lokale Presse warf insbesondere die Frage auf, ob es sich um einen Mord infolge eines Raubüberfalls mit tragischem Ausgang handelte oder um einen Auftragsmord, um einen sozial engagierten Priester loszuwerden. Oberst Néstor Arévalo, Kommandeur der Polizeidirektion Norte de Santander, versicherte, dass die Ermittlungen fortgesetzt werden, da es sich bei einer der verhafteten Personen offenbar um einen Bekannten des Priesters handelte, der zu einer Verabredung an dem Ort, an dem er getötet wurde, eingeladen worden war. (L.M.) (Fides 7/6/2024)

# Kongo: ADF-Milizen verüben neue Massaker im Ostkongo

Kinshasa (Fides) – Mindestens 41 Menschen wurden nach offiziellen Angaben der kongolesischen Regierung vom heutigen 10. Juni bei einer Reihe von Angriffen getötet, die ADF-Milizen am 7. Juni in der Region Beni im Nord-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo verübt hatten (DRC).

Nach Angaben der Regierung von Kinshasa kamen in den Dörfern Masala und Mahibi 39 Menschen und in Keme zwei Menschen ums Leben. Neun weitere wurden verletzt.

Die „Allied Democratic Forces“ (ADF) sind eine ursprünglich aus Uganda stammende Gruppe, die sich seit Jahrzehnten im Osten der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere in Nord-Kivu, etabliert hat. Im Jahr 2019 schloss sich die ADF-Milizen dem Islamischen Staat an, was ihr „dschihadistisches“ Profil hervorhob.

Die jüngsten Massaker (zuvor wurden am 4. Juni in Masau an der Grenze zwischen den Provinzen Nord-Kivu und Ituri weitere 15 Menschen getötet, während weitere Massenmorde im April und Mai stattfanden) scheinen paradoxerweise auf die „Operation Shujaa“ zurückzuführen zu sein, die gemeinsam von der kongolesischen und ugandischen Armee durchgeführt wurde, um ADF-Dschihadisten zu bekämpfen.

Die im September 2021 gestartete Operation führte jedoch dazu, dass sich ADF-Mitglieder nach Westen bewegten, um den kongolesischen und ugandischen Truppen zu entkommen und sich auf den Weg nach Mangina und dem Mambasa-Territorium in Ituri zu machen. In diesen Gebieten zielt die ADF darauf ab, lokale Ressourcen wie Kakao zu plündern und lokale Kleinstminen auszubeuten, um sich neu zu formieren und ihre tödlichen Aktionen fortzusetzen.

(L.M.) (Fides 10/6/2024)

# Malawi: Vizepräsident stirbt bei Flugzeugabsturz

Lilongwe (Fides) – „Ich bedauere, mitteilen zu müssen, dass die Rettungsteams die Überreste des Flugzeugs im Wald gefunden haben. Es gibt keine Überlebenden. Alle Menschen an Bord starben beim Aufprall“, mit diesen Worten bestätigte der Präsident von Malawi, Lazarus Chakwera, live im Fernsehen den Tod seines Stellvertreters, Saulos Klaus Chilima.

Das Flugzeug, in dem der Vizepräsident unterwegs war, verlor gestern, am 10. Juni, gegen 9 Uhr Ortszeit den Radarkontakt, als es sich zur Landung in Mazuzu im Norden Malawis anschickte. Die Fluglotsen hatten dem Piloten geraten, in die Hauptstadt Lilongwe zurückzukehren, doch das Flugzeug wurde aus den Augen verloren und später in einem Wald in der Nähe von Mazuzu abgestürzt gefunden.

Aufgrund der dichten Vegetation hatten die Rettungskräfte große Schwierigkeiten, das Wrack zu finden. Die Regierung von Malawi hatte mehrere Staaten um Hilfe bei der Suche gebeten.

Neben dem Vizepräsidenten befanden sich neun weitere Personen an Bord des Flugzeugs, darunter die Ehefrau des ehemaligen Präsidenten, Bakili Muluzi.

Als die Nachricht von Chilimas Tod bekannt wurde, erschienen in den sozialen Medien auch Beileidsbekundungen einiger malawischer Priester, die ihn als frommen Katholiken in Erinnerung hatten.

(L.M.) (Fides 11/6/2024)

# Moldawien: Ins Gagausische übersetzt

(Licht im Osten, Vitalij P. (Kischinau))

☒ ist dankbar, dass es bis heute möglich ist, das Fach „Geistlich-Ethische Erziehung“ an öffentlichen Schulen zu unterrichten.

„Hunderte von Kindern hören nun die Gute Nachricht von Jesus Christus. **Bitte beten Sie dafür,**

☒ dass der Same des Evangeliums, der in die Herzen der Kinder gepflanzt wird, aufgeht, dass die Kinder sich Christus zuwenden und ihn als ihren Herrn und Retter annehmen.“

☒ dass die Literatur, die in gagausischer Sprache herausgegeben und an öffentliche Bildungseinrichtungen wie Bibliotheken und Schulen weiter-gegeben werden konnte, viel geistliche Frucht wirkt. Sie hat sogar in den dortigen öffentlichen Medien Wertschätzung erfahren.

☒ dass weitere Bücher ins Gagausische übersetzt werden können.

☒ dass der materielle und geistliche Dienst an ukrainischen Flüchtlingen in Moldawien zu einem großen Segen unter den Geflüchteten dient.

# Myanmar: Zwangsrekrutierung treibt junge Menschen in die Reihen des Widerstands

Yangon (Fides) - Die Militärjunta von Myanmar, die in den andauernden Bürgerkonflikt verwickelt ist, versucht, ihre Reihen mit der im vergangenen Februar angekündigten Zwangsrekrutierungskampagne zu verstärken und hat inzwischen landesweit 9.000 neue Soldaten rekrutiert, berichtet das Forschungszentrum "Burma Affairs and Conflict Study". Wie Fides-Quellen berichten, haben die Niederlagen und Verluste, die die reguläre Armee auf dem Schlachtfeld erlitten hat, diesen Prozess beschleunigt. Nach dem Gesetz über den Militärdienst können Männer im Alter zwischen 18 und 45 Jahren zum Militärdienst eingezogen werden. Fides-Quellen berichten weiter, dass Familien sehr besorgt sind, weil viele junge Wehrpflichtige nicht eingezogen werden wollen, während erste Verhaftungen von jungen Wehrdienstverweigerern zu verzeichnen sind.

Die aktuelle Strategie der Militärregierung führt dazu, dass viele junge Menschen in das benachbarte Thailand fliehen, um dem Dienst in der Armee zu entgehen, oder aber sie drängt junge Menschen dazu, sich den so genannten "Volksverteidigungskräften" anzuschließen, die aus dem Widerstand gegen die Armee hervorgegangen sind. In der Tat werden die bewaffneten Widerstandsgruppen nach der Einführung der Wehrpflicht durch die Junta mit Rekrutierungsanfragen überschwemmt: "Wir wollen eigentlich nicht zu den Waffen greifen, aber das birmanische Regime lässt uns keine Wahl. Wir haben die Wahl zwischen dem Dienst in der Armee oder in der Volksmiliz, wir sind auf der Seite des Volkes. Wir werden uns nicht einer Armee anschließen, die Gewalt und Gräueltaten gegen ihre eigenen Bürger verübt", sagen junge Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund (Studenten, Hochschulabsolventen, Berufstätige), die der Zwangseinberufung in die birmanische Armee entgehen wollen.

Die „Bamar People's Liberation Army“ (BPLA), die die Truppen der Regierung in den Staaten Karen und Shan bekämpft, verzeichnet einen Anstieg der Rekruten, ebenso wie die „Karen National Liberation Army“ (KNLA), die weiterhin junge Menschen aufnimmt und ausbildet, die vor der Wehrpflicht fliehen. "Das Gesetz über die Wehrpflicht", so die Fides-Quelle, die um Anonymität bittet, "erweist sich als kontraproduktiv und stärkt stattdessen den Widerstand, indem es den Willen der Bevölkerung, das Militär zu besiegen, anheizt".

Lokalen Quellen zufolge haben sich mehr als 26.000 junge Menschen an die "People's Embrace" gewandt, eine Vermittlungsgruppe, die Wehrpflichtigen und Regierungssoldaten hilft, ihre Kasernen zu verlassen und sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen, indem sie sie mit den verschiedenen Widerstandsmilizen in den verschiedenen Gebieten in Verbindung bringt.

Auch im Westen des Landes hat die „Chin National Defence Force“ (CNDP) seit Beginn der Wehrpflicht über 200 neue Rekruten gemeldet, die hauptsächlich aus dem Chin-Staat und der benachbarten Sagaing-Region stammen.

Mit Bezug auf die Unruhe-Region Sagaing äußerte sich UN-Generalsekretär Antonio Guterres heute, am 7. Juni, und zeigte sich "tief besorgt" über die Eskalation der Gewalt in Myanmar. Guterres verurteilte die jüngsten Angriffe der burmesischen Armee, bei denen Berichten zufolge Dutzende von Zivilisten im Bundesstaat Rakhine und in der Region Sagaing getötet wurden, aufs Schärfste.

Lokalen Berichten zufolge bombardierte ein Flugzeug der Militärjunta am 3. Juni in der Region Sagaing eine Gruppe von Zivilisten während einer Hochzeitszeremonie, wobei 28 Menschen getötet und 40 weitere verletzt wurden, und beschoss anschließend das Gebiet, das als Rebellenhochburg gilt, massiv mit Artillerie. Mehr als zweitausend zivile Bewohner von sechs Dörfern im Bezirk Mingin mussten fliehen, wodurch die Zahl der Binnenflüchtlinge weiter anstieg.

(PA) (Fides 7/6/2024)



# Nepal: Der Kampf um Nepal

Im September griffen Hindu-Nationalisten eine Kirche in der südwestlichen Region Nepals an, verwüsteten sie und griffen ihre Pastoren an. Dies war der siebte Angriff auf eine Kirche innerhalb von zwei Wochen. Die Hindu-Nationalisten fordern verstärkt die Wiederherstellung des Hindu-Staates. Aus Verärgerung über das rasche Wachstum des Christentums schüren sie auch den Hass zwischen den Sekten, indem sie gegen religiöse Konversionen und den Verzehr von Rindfleisch protestieren. Die Zahl der Christen in Nepal ist von praktisch Null im Jahr 1950 auf heute 1,34 Millionen gestiegen, von denen die meisten protestantisch sind. Das entspricht etwa 4,4 % der Bevölkerung, womit Nepal eine der am schnellsten wachsenden Kirchen der Welt ist. Der Kampf um Nepal wird immer hitziger! Bitte beten Sie!

Quelle: *Religious Liberty*/Bridgeway Publications vom 15. May 2024/ übersetzt und bearbeitet AKREF

# Nigeria: Der entführte Pfarrer Gabriel Ukeh ist wieder frei

Abuja (Fides) - Der am Sonntag, den 9. Juni, entführte nigerianische Priester Gabriel Ukeh wurde freigelassen (vgl. [AKREF 10/6/2024](#)).

Dies gab der Sprecher der Diözese Kafanchan Pfarrer Gabriel Okafor bekannt. "Gott sei Dank dürfen wir bekannt geben, dass unser Mitbruder im Priesteramt, Pfarrer Gabriel Ukeh, der am Sonntag, den 9. Juni aus dem Pfarrhaus der Pfarrei ‚St. Thomas‘ in Zaman Dabo in der Zango Kataf Local Government Area im Bundesstaat Kaduna, wo er seinen seelsorgerischen Dienst ausübt, entführt wurde, wohlbehalten freigelassen wurde." Laut Pfarrer Okafor, "wurde Pfarrer Gabriel Gabriel wurde am Montag, den 10. Juni, am Abend gegen 21 Uhr glücklich in seiner Pfarrgemeinde willkommen geheißen".

Im Mai wurden in Nigeria mindestens zwei weitere Priester entführt und nach einigen Tagen wieder freigelassen. (L.M.) (Fides 11/6/2024)

# Nigeria: Fünf Christen erschlagen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/14.06.24 - Die schwer bewaffneten Angreifer griffen ein überwiegend christliches Dorf im Bezirk Kwall im Bezirk Bassa an und töteten Pastor Dauda Dalyop, 63, von der Assemblies of God Church, seine Frau Chummy Dauda, 57, Chwe Ajuhs, 26, Joshua Kusa, 45, und Rikwe Doro, 43, sagte Sam Jugo, Sprecher der Irigwe Development Association, einer Dachorganisation der überwiegend christlichen Volksgruppe im Bundesstaat Plateau.

"Mitten in der Nacht des 2. Juni griffen Fulani-Hirten fünf unserer Bewohner im Weiler Ari Songo im Gebiet Kimakpa im Distrikt Kwall an und töteten sie kaltblütig", so Jugo in einer Presseerklärung. "Zwei weitere Christen wurden schwer verletzt und werden derzeit in einem Krankenhaus in Jos behandelt. Dieser traurige Vorfall ereignete sich nur zwei Tage, nachdem einige Hirten zwei andere Christen überfielen und einen von ihnen, Irimiya Musa Timbi, töteten, während das zweite Opfer verletzt wurde".

Rev. Ronku Aka, ein Pastor in der Gegend, bestätigte den Angriff in einer Nachricht an Morning Star News. Fidelis Adara, ein Beamter des Bassa-Rates, bestätigte die Informationen.

Die Evangelical Church Winning All (ECWA) forderte die nigerianische Regierung auf, die anhaltenden Morde zu untersuchen und ihnen ein Ende zu setzen. Pfr. Akus Odoh von der ECWA, Bezirkskirchenrat Miango, verurteilte den jüngsten Angriff scharf und forderte eine gründliche Untersuchung.

"Nigeria hat seine Werte verloren, und die Regierung respektiert das Recht auf Leben nicht", sagte Odoh.

Alfred Alabo, Sprecher des Polizeikommandos des Bundesstaates Plateau, bestätigte, dass fünf Personen getötet wurden, darunter der Pastor.

"Der Polizeipräsident hat sich vor Ort ein Bild von dem Vorfall gemacht und Männer an den Ort entsandt, um sicherzustellen, dass sich so etwas nicht wiederholt", sagte Alabo. "Wir arbeiten mit der Gemeinde zusammen, um weitere Informationen über den Vorfall zu erhalten."

Die überwiegend muslimischen Fulani, deren Zahl in Nigeria und der Sahelzone in die Millionen geht, bestehen aus Hunderten von Clans, die keine extremistischen Ansichten vertreten, aber einige Fulani sind Anhänger einer radikalen islamistischen Ideologie, so die All-Party Parliamentary Group for International Freedom or Belief (APPG) des Vereinigten Königreichs in einem Bericht für 2020.

"Sie verfolgen eine vergleichbare Strategie wie Boko Haram und ISWAP und zeigen eine klare Absicht, Christen und starke Symbole der christlichen Identität ins Visier zu nehmen", heißt es im APPG-Bericht.

Quelle: <https://morningstarnews.org/2024/06/pastor-wife-and-three-other-christians-slain-in-nigeria/>

# Nigeria: ISIS-Tochter ISWAP exekutiert drei Christen

IIRF-D/ICC/Tübingen/08/06/2024 – In den sozialen Medien kursieren Bilder von Mitgliedern des Islamischen Staates Westafrikanische Provinz (ISWAP), die drei christliche Männer im nigerianischen Bundesstaat Borno hinrichten.

Ein [Bild](#), das angeblich am 4. Juni von der Gruppe Islamischer Staat (ISIS) über ihren Propagandakanal Amaq News Agency geteilt wurde, zeigt die drei Christen mit hinter dem Rücken gefesselten Armen vor drei maskierten Bewaffneten kniend. Ein anderes Bild zeigt die Leichen der Gläubigen, die unter einer Rauchwolke der Maschinengewehre der islamischen Extremisten zu Boden fallen.

Berichten zufolge entführten [die islamischen Extremisten](#) die Männer am 3. Juni aus einem Fahrzeug, das auf einer durch den nördlichen nigerianischen Bundesstaat verlaufenden Schnellstraße unterwegs war. Die muslimischen Passagiere durften das Fahrzeug verlassen. Die Terroristen sollen noch einen vierten Passagier entführt haben, über dessen Zustand derzeit nichts bekannt ist.

Pastor Ibrahim Abako, Sekretär des Yobe State Chapter der Christian Association of Nigeria, bestätigte die Todesfälle in einem Interview mit der nigerianischen Nachrichtenagentur Leadership Media Group.

"Im Namen der Christian Association of Nigeria, Yobe State Chapter, verurteilen wir die Ermordung von drei christlichen Jugendlichen entlang der Damaturu-Biu Road Federal Highway aufs Schärfste", sagte der Pastor.

Im Januar verübte ISWAP, das sich 2016 aus Überläufern von Boko Haram gebildet hatte, [acht Angriffe](#) auf christliche Gemeinden in mehreren Dörfern Nigerias. Bei diesen Angriffen wurden 12 Christen getötet, während andere Christen gezwungen waren, aus ihren Häusern zu fliehen, die die ISWAP-Kämpfer niedergebrannt hatten. Diese Angriffe sind Teil des [Aufrufs des IS im Januar](#) an seine Ableger, "Christen dort zu töten, wo man sie findet".

Quelle: <https://www.persecution.org/2024/06/07/isis-affiliate-iswap-executes-three-christians-in-nigeria/>

# Nigeria: Islamische Extremisten töten drei Christen im Nordosten Nigerias

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/14.06.24 - Mutmaßliche islamische Extremisten haben am 5. Juni drei Christen getötet und einen weiteren entführt, nachdem sie sie auf einer Autobahn im Nordosten Nigerias abgefangen hatten ([wir berichteten](#)). Hier weitere Informationen:

Die mutmaßlichen Boko-Haram-Terroristen hielten ein kommerzielles Passagierfahrzeug auf der Autobahn Damaturu-Biu im Bundesstaat Yobe an und sonderten vier Christen aus, töteten drei von ihnen und nahmen den vierten als Geisel, sagte Pastor Ibrahim Abako, Sekretär der Christian Association of Nigeria (CAN), Yobe State Chapter.

Die Terroristen hatten einen Kontrollpunkt in der Nähe des Dorfes Kumaya, nahe der Grenze des Bundesstaates Yobe zum Bundesstaat Borno, errichtet, so Abako in einer Presseerklärung.

Die vier Christen waren auf dem Weg von der Stadt Biu nach Damaturu.

"Die Terroristen zerrten die vier Christen aus dem Fahrzeug, in dem sie reisten, und brachten sie in einen Busch, wo sie drei von ihnen töteten und den vierten mit vorgehaltener Waffe an einen unbekanntem Ort brachten", sagte Abako. "Christliche Verwandte der Opfer haben drei Leichen der vier entführten Christen geborgen".

Er rief die nigerianische Regierung und die Sicherheitsbehörden, insbesondere das Militär und die Polizei, dazu auf, proaktive Maßnahmen zu ergreifen, um die nigerianischen Bürger unabhängig von ihrer Religion zu schützen.

"Wir verurteilen die Tötung dieser drei Christen und die Entführung eines weiteren Christen aufs Schärfste", sagte Abako. "Diese Vorfälle haben sich häufig ereignet, ohne dass die nigerianischen Behörden etwas dagegen unternommen hätten."

Pfarrer David Ayuba Azzaman: "Diese Christen sind für Jesus gestorben. Die Mitglieder von Boko Haram, die diese grausame Tat begangen haben, Vater vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun", sagte er und betete, dass diese Boko-Haram-Mitglieder nicht sterben werden, bis sie sich zu Jesus Christus als Herrn und Erlöser bekennen und sein Name verherrlicht wird".

Nigeria ist der tödlichste Ort der Welt, um Christus zu folgen, mit 4.118 Menschen, die zwischen dem 1. Oktober 2022 und dem 30. September 2023 wegen ihres Glaubens getötet wurden, so der Open Doors Bericht 2024 World Watch List (WWL). In Nigeria wurden auch mehr Christen entführt als in jedem anderen Land, nämlich 3.300.

<https://morningstarnews.org/2024/06/islamic-extremists-kill-three-christians-in-northeast-nigeria/>

# Nigeria: Katholischer Priester im Bundesstaat Kaduna entführt

Abuja (Fides) - Pfarrer Gabriel Ukeh, Gemeindepfarrer der „St. Thomas“-Kirche in der Gemeinde Zango Kataf im Bundesstaat Kaduna im Nordwesten Nigerias, ist entführt worden.

Der Priester wurde von bewaffneten Männern gefangen genommen, die in den frühen Morgenstunden des Sonntags, den 9. Juni, in das Pfarrhaus eindrangen.

Pfarrer Emmanuel Kazah Faweh, Generalvikar der Diözese Kafanchan, sagte in einem Kommentar zu der Nachricht von der erneuten Entführung eines Priesters in Nigeria: "Während wir inständig dafür beten, dass Pfarrer Ukeh so bald wie möglich wohlbehalten wieder freigelassen wird, verurteilen wir gleichzeitig die unaufhörlichen Entführungen mit dem Ziel der Lösegelderpressung unschuldiger und wehrloser Bürger unserer Gemeinden." "Wir rufen die Regierung auf, die Sicherheit zu erhöhen, da wir uns dem Sallah-Fest nähern", fuhr der Generalvikar fort und bezog sich dabei auf die islamischen Feierlichkeiten zum Opferfest.

Der Generalvikar von Kafanchan appelliert gleichsam an die Bevölkerung, nicht gewaltsam gegen die Banditen vorzugehen: "Während wir mit den Sicherheitskräften für die rasche Freilassung von Pfarrer Ukeh arbeiten, möchten wir alle dringend bitten, die Gerechtigkeit nicht in die eigenen Hände zu nehmen. Wir werden alle legitimen Mittel einsetzen, um sicherzustellen, dass Pfarrer Ukeh gesund und wohlbehalten zu uns zurückkehrt."

"Mögen unsere Gebete auf die Fürsprache der Heiligen Jungfrau Maria hin erhört werden und der Priester zusammen mit allen anderen Gefangenen bald freigelassen werden", so Pfarrer Faweh abschließend.

(L.M.) (Fides 10/6/2024)

# Ostafrika: Aktuelle Gebetsanliegen

Communio Messianica vom Mai 2024: Schon seit zwei Jahren haben sudanesische Flüchtlinge aus Darfur im Südsudan ihren Wunsch bekundet, zu CM zu gehören. Dies war der erste Zusammenschluss von Gemeinden, die diesen Wunsch äußerte. Direkt nach meiner Einsetzung als Bischof veranstalteten wir ein Treffen für etwa 60 MBBs in Ruanda, die auch gerne ein Teil von CM sein wollen. Meine Frau Maren begleitet seitdem einige weibliche MBBs in Ruanda, die eine Schlüsselrolle spielen könnten.

Seit letztem Jahr gibt es eine drastische Zunahme an Vorfällen in Uganda, bei denen MBBS angegriffen, brutal zugerichtet und sogar getötet werden. Auch einheimische Christen, die sich auf religiöse Streitgespräche mit Muslimen einlassen oder unter Muslimen evangelisieren, werden brutal angegriffen.

Ein Vorfall, stellvertretend für weitere: Am 10. April wurde die Konvertitin Sulaina Nabirye, 50, aus Kamuli, heimtückisch von ihrem Sohn Arajabu Mukiibi vergiftet. Er ließ sich zum Vorbeter in einer Moschee ausbilden. Da er die Schande über die Konversion seiner Mutter nicht ertragen konnte, brachte er ihr - angeblich als Zeichen der Versöhnung - mit Pestiziden vergiftetes Essen. Ein anwesender Bekannter, der nichts von dem Essen gegessen hatte, weil er fastete, brachte die Frau ins Krankenhaus, jedoch kam jede Hilfe zu spät. Sulaina hatte sich am 10. Februar zum christlichen Glauben bekannt, und seitdem hatte ihr 31-jähriger Sohn versucht, sie zur Rückkehr zum Islam zu überreden.

Bitte betet für viele weitere Konvertiten in Uganda, die als Nachfolger Jesu Schweres durchmachen müssen.

Danke für Eure Gebetsunterstützung.

Shalom - Gottes Frieden sei mit Euch.

Bischof Dr. Yassir Eric und das Communio Messianica-Team

# Österreich: Lehrerin verbietet Bibellesen im Unterricht

## Begründung: „Das wäre Mohamed gegenüber nicht fair“

Wien (IDEA) – An einem Gymnasium in Wien wollte ein Schüler im Deutschunterricht aus der Bibel vorlesen. Das hat die Lehrerin mit den Worten verboten: „Nein, das geht nicht, das wäre Mohamed gegenüber nicht fair.“ Über den Fall berichtete die „Kronenzeitung“. Bei den Eltern stieß die Entscheidung auf Unverständnis. Der Vater sagte dem Blatt: „Mein Sohn liest gerne in der Bibel. Dass er das in der Schule nicht darf, verstehe ich nicht“. Den Recherchen der „Krone“ zufolge hält sich das Bildungsministerium für „konkrete Fälle im Klassenzimmer“ für nicht zuständig. Zuständig sei die Bildungsdirektion. Dabei handelt es sich um eine Behörde, die die Schulverwaltung eines Bundeslandes organisiert. Von dort gab es die Antwort, dass es „keine Empfehlungen zum Umgang mit religiösen Texten im Deutschunterricht“ gebe. Der Generalsekretär der Evangelischen Allianz in Österreich, Oliver Stozek (50/Bürmoos), sagte der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, die Bibel sollte im Unterricht als genau so wertvoll betrachtet werden wie andere Bücher. Doch über den konkreten Fall wisse er zu wenig. Er müsse vor Ort aufgearbeitet werden.

## Nachspiel in der Lokalpolitik

Inzwischen beschäftigt sich auch die Lokalpolitik mit dem Fall. Der Bildungssprecher der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ), Maximilian Krauss (Wien), erklärte in einer Mitteilung: „Das ist absolut nicht zu akzeptieren und erfordert Konsequenzen.“ Es müsse geklärt werden, ob die Lehrerin aus eigenen Stücken so gehandelt oder ob sie für sich selbst Konsequenzen gefürchtet habe, „sollte sie aus der Bibel vorlesen lassen“. Den zuständigen Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Christoph Wiederkehr, ruft Krauss auf, dafür zu sorgen „dass die Vermittlung christlicher Inhalte und insbesondere das Vorlesen aus der Bibel ausdrücklich erwünscht ist“. Sollte die Lehrerin aus persönlicher Überzeugung so gehandelt haben, fordert Krauss ihre sofortige Suspendierung.



# Pakistan: 300 Christen demonstrieren gegen Blasphemiegesetze

## Sie gedachten auch dem jüngst getöteten Nazeer Masih

Lahore (IDEA) – In Lahore, der Hauptstadt der pakistanischen Provinz Punjab, haben 300 Christen für die Abschaffung der Blasphemiegesetze in dem islamisch geprägten Land demonstriert. Das berichtet unter anderem die römisch-katholische Nachrichtenplattform UCA News. Zum Hintergrund: Diese Gesetze stellen jede Person unter Strafe, die den Islam beleidigt, worauf entweder die Todesstrafe oder eine lebenslange Haftstrafe droht. Angehörige religiöser Minderheiten, etwa Christen, werden überproportional häufig der angeblichen Gotteslästerung bezichtigt, oft aufgrund von persönlichen Streitigkeiten oder Missgunst. Immer wieder kommt es deshalb zu religiös motivierter Gewalt, wobei die Strafverfolgung wegen Blasphemie als Vorwand dient. So gab es am 25. Mai in der Großstadt Sargodha (Provinz Punjab) Ausschreitungen, nachdem ein Nachbar den Schuhfabrikanten Nazeer Masih der Verbrennung des Korans beschuldigt hatte. Ein Mob radikaler Muslime misshandelte den Christen daraufhin so schwer, dass er am 3. Juni an den Verletzungen [starb](#). Trotz der massiven Gewalt gegen ihn nahm die Polizei eine Anzeige wegen Blasphemie gegen ihn auf. Bei der jetzigen Demonstration äußerte der Vorsitzende der Bürgerrechtsorganisation Rawadari Tehreek, Samson Salamat, gegenüber UCA News: „Die Regierung sollte aufhören, extremistische religiöse Gruppen zu unterstützen.“ Angehörige von Minderheiten lebten in Angst, weil sie befürchteten, jemand könnte vor ihrem Haus blasphemisches Material ablegen.

## Christen rufen bei Trauerfeier: „Jesus ist groß“

Die Demonstranten in Lahore gedachten dem getöteten Christen mit Kerzen. Bei seiner von der Polizei bewachten Beerdigung einige Tage zuvor hatten die Teilnehmer „Jesus ist groß“ gerufen. Der Tod Masih löste auch international Entsetzen und Kritik an den Blasphemiegesetzen aus. So forderte die christliche Menschenrechtsorganisationen CSW (London) die Abschaffung dieser Gesetze. Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) erklärte: „Das drakonische Blasphemiegesetz des Landes signalisiert der Gesellschaft, dass mutmaßliche Gotteslästerer eine harte Strafe verdienen, was Privatpersonen und Gruppen ermutigt, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.“ Die Kommission forderten die pakistanischen Behörden auf, die Verantwortlichen für den Tod des Christen zur Rechenschaft zu ziehen. Von den über 230 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

# Pakistan: Kundgebung unterstützt Tötung eines Christen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/14.06.24 - Nach dem Lynchmord an einem Christen ([wir berichteten](#)), der fälschlicherweise beschuldigt wurde, den Koran geschändet zu haben, haben islamische Extremisten bei einer Kundgebung am 9. Juni den Mord unterstützt und andere bedroht

Auf der von der islamisch-extremistischen Tehreek-e-Labbaik Pakistan (TLP) organisierten Kundgebung in Sargodha protestierten 2.500 Parteimitglieder gegen die Verhaftung der Mörder des 74-jährigen Christen Nazeer Masih Gill, der am 25. Mai von einem muslimischen Mob so verprügelt wurde, dass er zehn Tage später starb.

"Sagen Sie mir, ob es falsch war, diesen Chuhra zu töten, der den Koran verbrannt hat?" sagte der Vorsitzende der TLP Sargodha, Muhammad Naeem Chattha Qadri, zu seinen Anhängern. "Wir werden niemals Kompromisse in Bezug auf die Heiligkeit und den Respekt vor dem Koran eingehen, und jeder, der Blasphemie begeht, wird das gleiche Schicksal erleiden."

Chuhra ist ein abwertender Begriff, der früher für Reinigungskräfte reserviert war und heute als abwertende Bezeichnung für alle Christen verwendet wird.

Qadri warnte die Polizei davor, die TLP-Aktivisten ins Visier zu nehmen, und drohte: "Wir werden die Uniformen hochrangiger Polizisten auf den Chowks [Hauptstraßen] zerreißen, wenn sie versuchen, die Gotteslästerer zu schützen."

"Sie bitten uns, friedlich zu bleiben, aber wir wollen ihnen sagen, dass wir, wenn die Koranschändungen nicht aufhören, genauso vorgehen werden wie bei dem Vorfall in Sargodha", sagte er, während die Menge Parolen wie "Labbaik Ya Rasool Allah [Wir sind anwesend, oh Gesandter Allahs]" rief, wie auf Videos zu sehen war.

Ein muslimischer Mob, der durch Lautsprecherdurchsagen aus einer Moschee in Sargodha angestachelt wurde, griff am 25. Mai Gill in der Mujahid-Kolonie der Stadt an, nachdem ein Muslim aus der Gegend ihn beschuldigt hatte, Koranseiten auf der Straße zu verbrennen. Der Mob, darunter Frauen und Kinder, bewarf Gill mit Ziegeln und Steinen, schlug ihn mit Stöcken und trat auf ihn ein, als er blutend am Boden lag. Die Angreifer brannten auch die Schuhwerkstatt seiner Familie nieder und plünderten und durchwühlten sein Haus.

Trotz Eingreifens der Polizei ließ der Mob nicht locker, was zu mehreren Schädelfrakturen und kritischen Blutgerinnseln in Gills Gehirn führte. Der Mob beschädigte auch den Krankenwagen, mit dem Gill in ein Krankenhaus gebracht wurde, was die Rettungsbemühungen weiter erschwerte. Der Christ wurde in kritischem Zustand in ein Krankenhaus in Rawalpindi gebracht, wo er zwei Kopfoperationen unterzogen wurde, aber am 3. Juni seinen Verletzungen erlag.

Die Polizei ermittelt gegen 40 namentlich genannte und 400-500 nicht identifizierte Personen und hat bisher mindestens 45 Personen in Gewahrsam genommen, was eine heftige Reaktion der gewalttätigen politischen Gruppe auslöste.

Gleichzeitig wurden große Polizeikontingente in überwiegend christlichen Siedlungen in Sargodha eingesetzt, als Karawanen von TLP-Aktivisten zur Kundgebung in der Stadt eintrafen.

"Die Christen in Sargodha waren in heller Aufregung, nachdem die TLP angekündigt hatte, dass sie am Sonntag eine Protestkundgebung in Sargodha abhalten würde", sagte ein christlicher Einwohner, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben wollte. "Obwohl die Polizei aus Sicherheitsgründen vor den Kirchen und in den Stadtvierteln postiert wurde, gingen viele Menschen an sicherere Orte, weil sie befürchteten, die Demonstranten könnten ihre Häuser angreifen. Das ist das Ausmaß an Angst, das die TLP der christlichen Gemeinschaft eingeflößt hat, insbesondere nach den Angriffen in Jaranwala und Mujahid Colony."

Die TLP gründete sich nach der Hinrichtung von Mumtaz Qadri, der für die Ermordung des ehemaligen Gouverneurs der Provinz Punjab, Salmaan Taseer, am 4. Januar 2011 verurteilt wurde, weil er sich gegen die Blasphemiegesetze ausgesprochen hatte. Seitdem hat die Partei in ganz Pakistan mehrere gewalttätige Demonstrationen für die Blasphemiegesetze durchgeführt, bei denen Polizisten getötet und öffentliches und privates Eigentum im Wert von Milliarden von Rupien beschädigt wurden.

Der Staat hat scheinbar vor der Partei und allen an der Gewalt Beteiligten kapituliert, einschließlich der Täter, die im August in Jaranwala Kirchen und Häuser von Christen angegriffen hatten und die aus den Verfahren entlassen oder gegen Kautionsfreilassung wurden.

Die Regierung hat die Forderungen der Christen nach einer gerichtlichen Untersuchung der Angriffe in Jaranwala und früherer Vorfälle abgelehnt und damit die Befürchtung geweckt, dass es immer wieder zu Gewalt kommen wird.

Am 8. Juni organisierten Kirchenführer und Interessengruppen eine Demonstration vor der Provinzversammlung des Punjab in Lahore, um Gerechtigkeit für den Lynchmord an Gill zu fordern.

Die protestierenden Christen forderten einen raschen Prozess gegen die Schuldigen in den Tragödien von Jaranwala und Sargodha sowie in allen anderen ähnlichen Fällen. Sie forderten auch eine gerichtliche Untersuchung aller Vorfälle religiös motivierter Gewalt in den letzten zehn Jahren sowie eine Gesetzgebung, die den Missbrauch der Blasphemiegesetze verhindert.

Der Präsident der Church of Pakistan, Bischof Azad Marshall, bedauerte in seiner Ansprache, dass die Regierung nichts gegen die Gewalt des Mobs gegen Christen unternehme.

"Wir haben eine gerichtliche Untersuchung des Vorfalls in Jaranwala gefordert, aber unsere Bitte wurde von der Regierung rundweg abgelehnt", so Marshall. "Hätte die Regierung eine gerichtliche Untersuchung über die Ursachen solcher Angriffe durchgeführt, hätten Vorfälle wie in der Mujahid Colony verhindert werden können.

Der ranghohe Kirchenführer beklagte, dass die Christen der Gnade der Bürgerwehr ausgeliefert seien, die Recht und Gesetz des Staates zum Gespött mache.

"Unsere Leute werden unter dem Vorwurf der Blasphemie umgebracht, unsere Kirchen und Häuser werden geplündert und niedergebrannt, aber es werden keine konkreten Maßnahmen gegen die Täter ergriffen", sagte er. "Sind wir nicht gleichberechtigte Bürger Pakistans?"

Der prominente Menschenrechtsanwalt Peter Jacob schloss sich der Forderung des Kirchenführers nach einer gerichtlichen Untersuchung an und sagte, dass eine Kommission gebildet werden sollte, um Blasphemie-Fälle zu untersuchen.

Sajid Christopher, Exekutivdirektor der Human Friends Organization, sagte, dass der Tod von Gill eine deutliche Erinnerung an die anhaltende Verfolgung religiöser Minderheiten in Pakistan sei. Es ist unerlässlich, dass wir uns zusammenschließen, um Gerechtigkeit zu fordern und sicherzustellen, dass sich solche Tragödien nicht wiederholen".

Quelle: <https://morningstarnews.org/2024/06/massive-rally-in-pakistan-backs-killing-of-christian/>

# Russland: Neugründung der Evangelischen Allianz in der Region Kaliningrad

Bericht von Johannes Reimer / Grußwort von Thomas Paul Schirmmacher

(Bonn) Am 16. und 17. Februar veranstaltete die Russische Evangelische Allianz (REA) in Kaliningrad eine Konferenz, um sich mit Fragen der Seelsorge zu befassen sowie die Entwicklungsperspektiven der Allianzbewegung in dieser Region zu erörtern.

Einer der Initiatoren des Aufbaus eines gemeinsamen Bündnisses zwischen den Leitern evangelikaler Gemeinden in Russland war Ulrich Materne, der viele Jahre lang die Deutsche Evangelische Allianz als Osteuropabeauftragter vertreten hat. Gemeinsam mit Wladimir Rjagusow besuchte er 2002 bis 2005 mehrmals Kaliningrad und motivierte die Geistlichen überall zu interkonfessioneller Zusammenarbeit und zum Dialog auf regionaler Ebene. Baptisten, Methodisten, Pfingstler, Adventisten und Charismatiker treffen sich seit vielen Jahren regelmäßig zu Gebet und Gemeinschaft und haben bereits viele wichtige gemeinsame öffentliche Veranstaltungen im Kaliningrader Gebiet organisiert. Gemeinsamer Dienst, Dialog und gegenseitiger Respekt sind die wichtigste Grundlage für den Aufbau von Allianzpartnerschaften.

Der Präsident der Russischen Evangelischen Allianz, Sergey E. Lavrenov erläuterte die Ziele der REA und schlug vor, schrittweise mit der Schaffung einer regionalen Allianz in der Region Kaliningrad zu beginnen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Kirchen sei sowohl aus geistlichen als auch aus wirtschaftlichen Gründen notwendig und hilfreich.

An dem Treffen nahm neben dem REA-Präsidenten und dem REA-Generalsekretär, Vitaly K. Vlassenko, auch Professor Dr. Johannes Reimer, Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), teil und sprach über die Geschichte und die heutige Arbeit der WEA.

## Aus einem Bericht von Johannes Reimer

„Die Russische Evangelische Allianz (REA) ist seit zwei Jahren dabei, ihre Struktur im Land neu zu organisieren. Das riesige Land mit 200 verschiedenen ethnischen Gruppen und vielen autonomen nationalen Territorien erfordert eine multinationale und multiregionale föderale Struktur. Aus diesem Grund wurden oder werden in den letzten Jahren Bündnisse in Moskau, Sibirien, Tatarstan, dem Nordkaukasus und anderswo gebildet. Eine dieser regionalen Allianzen wird nun auch in der Exklave Kaliningrad organisiert. Mit diesem Ziel vor Augen fand vom 16. bis 18. Februar in Kaliningrad ein Treffen regionaler Leiter christlicher Kirchen und Dienste mit dem Präsidenten der REA Dr. Sergei E. Lavrenov, Tjumen, und dem Generalsekretär der REA Vitaly K. Vlassenko, Moskau, statt. An dem Treffen nahm auch der Leiter der Abteilung für öffentliches Engagement der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), Prof. Dr. Johannes Reimer, teil, der die Geschichte der Evangelischen Allianz mit besonderem Bezug auf Ostpreußen darstellte und erläuterte, wie sie heute funktioniert. Der Vorschlag, eine regionale EA in Kaliningrad zu gründen, wurde gut aufgenommen und die Arbeit an der Formalisierung der Strukturen hat begonnen. Die Bevölkerung, die sich seit 1945 in der Region niedergelassen hat, stammt aus allen Teilen der großen Sowjetunion. ... Eine engere Integration der Kaliningrader evangelischen Christen in die REA kann den Gemeinden nur helfen, ihre Arbeit noch intensiver zu gestalten.“

## Aus dem Grußwort von Thomas Paul Schirmmacher

Ein Grußwort (siehe Link unten) von Erzbischof Thomas Paul Schirmmacher wurde während des Treffens in Kaliningrad auf Russisch verlesen und mit großer Freude aufgenommen. Darin schreibt Schirmmacher: „Es erfüllt mich mit großer Freude, dass Sie innerhalb der Russischen Evangelischen Allianz eine regionale Evangelische Allianz für das Gebiet Kaliningrad gründen.“

Nachdem er auf die Geschichte der Evangelischen Allianz in der Region seit 1846 einging, fügte er hinzu: „Ich habe auch eine sehr persönliche Beziehung zu Kaliningrad. Mein Ururururgroßvater Christian Schirmmacher (1758–1852) wurde in Königsberg geboren und beerdigt. Mein Urururgroßvater Carl Friedrich Schirmmacher (1790–1827) wurde in Königsberg geboren und in Danzig beerdigt. Beide waren gläubige Menschen. Carl Friedrich schrieb in seine Bibel: *„Mein Glaubensbekenntnis: Die evangelische Kirche protestiert von Anfang an und muß fortwährend protestieren; aber einmal von einer positiven Grundlage aus, nämlich dem unbedingten Glauben an die freie Gnade Gottes in Christo wie sie nämlich in den Schriften des Paulus, Petrus und Johannes als absolute Form für alle Zeiten offenbart ist, und zweitens sie protestiert auf rein religiösem Gebiet nur gegen dasjenige, was deren Glaubensgrund in irgend einer Weise alteriert. Carl Friedrich Schirmmacher, geboren den 14. September 1790 in Königsberg.“*

# Südkorea: Schamanismus in sozialen Medien hat viele jugendliche Anhänger

Seoul (Fides) – In einem Land, das weltweit für seinen technologischen Fortschritt bekannt ist, erlebt der Schamanismus unter den jüngeren Generationen eine Wiedergeburt, die durch soziale Medien befördert wird. Obwohl sich mehr als die Hälfte der 51 Millionen Einwohner des Landes als „nicht religiös“ bezeichnen, bleibt Schamanismus in Korea eine recht beliebte religiös-spirituelle Praxis. Wie aus einem Bericht der koreanischen Agentur „Yonhap“ hervorgeht, hat die 29-jährige Schamanin Lee, bekannt als „Aegi Seonnyue“ („Kleiner Engel“), Hunderttausende Follower in den sozialen Medien und von ihrem mit verschiedenen Statuen, Gottheiten und Kerzen geschmückten Heiligtum aus, verbindet sich mit „Kunden“ über die sozialen Medien. Seit sie 2019 ihren YouTube-Kanal eröffnete und damit Erfolg hatte und zahlreiche Follower hatte, haben viele andere koreanische Schamanen spirituelle Videos online gestellt.

Ein Film namens „Exhuma“ über junge Schamanen kam kürzlich in die koreanischen Kinos und wurde schnell ein Erfolg. Der Regisseur des Films, Jang Jae-hyun, spürte während der Dreharbeiten eine beträchtliche Anzahl junger Schamanen auf. Kim Dong-gyu, Forscher am Institut für koreanische Religionsstudien an der Sogang-Universität, kommentierte: „Heutzutage nutzen Schamanen soziale Medien, um für ihre Aktivitäten zu werben, so wie sie es früher mit Zeitungen machten.“

Wir stellen fest, dass es in der heutigen koreanischen Kultur und Gesellschaft nicht mehr das kulturelle „Stigma“ gibt, das Schamanen dazu veranlasst hat, ihre Aktivitäten zu verbergen, und daher sind die heutigen Schamanen bestrebt, sich auszudrücken und können sich selbst promoten. Laut der koreanischen Nachrichtenagentur „Yonhap“ verlangen Schamanen etwa 100.000 koreanische Won für eine 30-60-minütige Beratung, die typischerweise Rituale wie das Läuten von Glocken, das Verbrennen von Weihrauch oder das Werfen von Reiskörnern umfasst, um die Zukunft vorherzusagen oder die aktuelle Situation zu interpretieren. Um die Gründe für die wachsende Beliebtheit des Schamanismus unter jungen Koreanern zu erklären, verweisen Experten vor allem auf wirtschaftliche Schwierigkeiten und Zukunftsängste: Angesichts der Schwierigkeiten, Arbeit und Wohnraum zu finden, wenden sich junge Menschen an mysteriöse Kräfte, um Trost und Erleichterung zu finden. Es ist bekannt, dass junge Koreaner mit Problemen wie hohen Immobilienpreisen, den Kosten für die Kindererziehung und den Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben, und dieser Prozess sieht auf soziologischer Ebene das Problem des drastischen Rückgangs der Geburtenrate als ein anderes der Konsequenzen. Eine Agentur des koreanischen Kulturministeriums schätzte die Präsenz von mehr als 300.000 Schamanen in Südkorea im Jahr 2022 und sagte, dass Schamanismus ein „wichtiger Teil des koreanischen Charakters“ sei. Die Wurzeln des Schamanismus auf der koreanischen Halbinsel reichen mindestens 2000 Jahre zurück und die Praxis wurde als religiöser Kult dargestellt, der das Wohlergehen der Familie bewahrt, indem er böse Geister austreibt, Kranke heilt und sich um die Geister der Vorfahren kümmert und der Verstorbene. Die Einführung des Buddhismus, des Konfuzianismus und des Taoismus in Korea schmälerte ihre Popularität, aber der Schamanismus beeinflusste weiterhin die Einstellungen und die religiöse Praxis vieler Koreaner. Die japanische Kolonialverwaltung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und später die Militärdiktatur der 1970er Jahre versuchten, den Schamanismus in Korea zu unterdrücken, der als „Aberglaube“ und als Hindernis für die Modernisierung galt.

Das Phänomen der Wiederbelebung des Schamanismus weist jedoch auch auf ein weit verbreitete Bedürfnis nach Spiritualität und Transzendenz in der koreanischen Gesellschaft hin. Das Phänomen macht Schlagzeilen, während die katholische Kirche in Korea damit beschäftigt ist, den Weltjugendtag 2027 in Seoul zu organisieren. Bischof Kyung-sang Lee, Generalkoordinator des Organisationskomitees, äußerte kürzlich die Hoffnung, dass „der Glaube junger Menschen wiederbelebt wird und alle Gläubigen unter dem Volk Gottes die Liebe Gottes ein wenig mehr in ihrem eigenen Leben spüren können.“  
(PA) (Fides 10/6/2024)

# Türkei: Hassrede gegen Christen nimmt zu

## Türkische Evangelische Allianz - 2023: 33 ausländische Mitarbeiter durften nicht einreisen oder wurden abgeschoben

Istanbul (IDEA) – Die Christen in der Türkei haben weiter einen schweren Stand. Das geht aus dem aktuellen Menschenrechtsbericht der Türkischen Evangelischen Allianz hervor. Demnach haben 2023 die Fälle von Hassrede gegen Christen zugenommen, insbesondere über die Sozialen Medien. Dem Verband zufolge kam es auch zu körperlichen Angriffen auf Christen, er nennt jedoch keine konkrete Zahl. Laut dem Bericht gab es keine Fortschritte beim Anliegen, geistliche Mitarbeiter im eigenen Land auszubilden. Die Gesetze verhinderten dies. Man versuche, das Problem durch die Entsendung türkischer Studenten ins Ausland zu lösen, und ausländische Geistliche einzuladen. Allerdings seien Mitarbeiter aus anderen Ländern zum Teil abgeschoben worden. Anderen hätten die Behörden die Einreise verweigert oder die Aufenthaltsgenehmigungen nicht verlängert, heißt es dazu. 33 Personen – darunter ein Deutscher, ein Brite und 22 US-Amerikaner – seien direkt betroffen. Zusammen mit ihren Partnern und Kindern gehe es sogar um 63. „Viele Gemeinden befanden sich in einer schwierigen Situation, und der Bedarf an religiösen Mitarbeitern ist weiterhin groß“, fasst der Bericht die Gesamtsituation in diesem Punkt zusammen. Ferner habe es auch 2023 Probleme mit Anträgen gegeben, Gebäude für Gottesdienste zu errichten, Einrichtungen dafür zu nutzen oder bestehende Kirchengebäude weiter zu betreiben. Im Vergleich zu den traditionellen und historischen Kirchen in der Türkei mangle es den jüngeren Freikirchen an offizieller Unterstützung bei der Nutzung von Gebäuden. Sie versuchten, sich als religiöse Vereinigungen zusammenzuschließen und Geschäfte oder Lagerhallen für ihre Gottesdienste zu mieten. Viele dieser Räumlichkeiten hätten jedoch keinen offiziellen Status als Gotteshaus und könnten so nicht von den Vorteilen anerkannter Kultstätten profitieren, etwa kostenlos Strom und Wasser zu beziehen sowie von Steuern befreit zu sein. Die Türkische Evangelische Allianz vertritt 205 protestantische Gemeinden im Land. Ihrer Schätzung zufolge bestehen noch etwa 100 weitere evangelikale Gemeinden, die mehrheitlich aus Iranern bestehen. Laut dem Hilfswerk Open Doors sind 98,3 Prozent der 86 Millionen Einwohner in der Türkei Muslime. Die Zahl der Christen liegt bei 170.000 (0,2 Prozent).

# Ukraine: Trotz des Krieges geht der Dienst weiter

(Licht im Osten/ Alexej T. / Kiew, aktuell in Deutschland, internationaler Seelsorge-Schulungsdienst): „Inzwischen haben sich mehr als 200 Personen unserem Seelsorge-Verband angeschlossen, und die Zahl der Seelsorgeteams ist auf 67 angestiegen. Die Zahl der Absolventen, die unsere Ressourcen nutzen und an den Online-Schulungen teilnehmen, liegt bei über 400.

☒ Dem Herrn sei Dank für dieses Wachstum!

Das deutsche Team plant für August ein Werbemodul in der deutschen Kolonie in Paraguay.

☒ **Bitte beten Sie** um Gottes Segen für diese weite Reise!

Trotz des Krieges geht der Dienst in Kiew weiter und ist sehr gefragt. Für das neue Projekt in der Zentrale von LICHT IM OSTEN Kiew haben sich rund 40 Personen angemeldet.“

☒ **Bitte beten Sie** um Schutz und Segen für die Unterrichts-Module in Kiew.

In Sacramento, USA, ist der Bruderrat der Nichtregistrierten Baptistengemeinde interessiert an Seelsorges Schulungen für ihren Gemeindebund. Evtl. soll im Oktober dort das erste Unterrichts-Modul durchgeführt werden. „Wie in slawischen evangelikalen Kreisen bekannt ist, wurde dieser Gemeindebund während der Verfolgungszeit in der UdSSR gegründet. Da sich diese Gemeinden weigerten, sich den Behörden zu unterwerfen, wurden sie stark verfolgt. Fast alle Leiter und Pastoren wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Es sind sehr gottesfürchtige und treue Christen, aber sie bilden eine sehr geschlossene christliche Gemeinschaft mit puritanischer Frömmigkeit. Für mich ist es ein Wunder, dass der Herr die Türen zu solchen Gemeinden für die Ausbildung in biblischer Seelsorge öffnet. Außerdem haben Menschen aus diesem internationalen Gemeindebund begonnen, sich russischsprachigen Projekten in Deutschland anzuschließen.“ **Bitte beten Sie dafür**

☒ dass die Seelsorges Schulungen in Zukunft auch in diesem Gemeindebund mit Offenheit aufgenommen werden und für die Gemeindeglieder zu einem großen Segen und zu innerer Heilung dienen werden.

„In Kasachstan geht im September bereits das zweite Projekt zu Ende und wir denken darüber nach, wie die Seelsorgeausbildung mit neuen Unterrichtenden weiterentwickelt werden kann. Für die kasachischen und kirgisischen Teilnehmer ist die Ausbildung nicht nur eine Befähigung zur Seelsorge, sondern dient auch sehr ihrer eigenen geistlichen Prägung und ihrem Glaubenswachstum. Denn ihre Gemeinden sind sehr jung und es gibt kaum Literatur und Ausbildungsprogramme in ihrer Sprache.“

## **Bitte beten Sie:**

☒ für die Christen in Zentralasien, dass auch dort die Seelsorgeausbildung den Gemeinden hilft, sich geistlich weiterzuentwickeln und viele Menschen seelische Heilung in ihren oft großen existentiellen und emotionalen Nöten erfahren.

„In Deutschland planen wir, im September ein weiteres Projekt zu starten, da hier die meisten ukrainischen Flüchtlinge in Europa leben. Aber diesmal wird der Standort näher an Polen und Tschechien sein, sodass auch Flüchtlinge aus anderen Ländern teilnehmen können.“ Bitte beten Sie dafür,

☒ dass dieser Kurs in Deutschland die Teilnehmer ausrüstet, besonders ukrainischen Flüchtlingen seelsorgerlich zu helfen in der Überwindung ihrer Kriegstraumata.

# Weltweit: MBBs in der säkularen westlichen Gesellschaft

## MBB bedeutet • Muslim Background Believers

Ehemalige Muslime, die ihr Heimatland aus Sicherheitsgründen verlassen mussten, stehen vor enormen Herausforderungen. Während der unmittelbare Druck der drohenden Verfolgung in der Regel nachlässt, ergeben sich neue Herausforderungen. Durch die Migration werden MBBs entwurzelt und müssen ihr Leben in einer anderen Kultur neu erlernen. Der Kulturschock kann unerwartete Auswirkungen auf die Psyche, die Gesundheit und sogar den Glauben haben. Die Herausforderung der Integration sollte nicht unterschätzt werden.

Während sich Konvertiten in der Regel viel leichter an die postchristliche Kultur des Westens anpassen als Muslime, fällt es vielen weiterhin schwer, mit den veränderten Gegebenheiten und persönlichen Freiheiten, umzugehen. Manche verlieren ihren neu gefundenen Glauben an Christus aufgrund der moralischen Verkommenheit, die sie beispielsweise im sexuellen Verhalten sehen und von der Gesellschaft kommentarlos akzeptiert wird. Es bleibt zudem eine Herausforderung, zwischen wahren Gläubigen und nominellen Christen zu unterscheiden. Moralische Werte wie Ehrlichkeit, Fleiß, Toleranz usw. werden nicht zwangsläufig erkannt.

Ein Programm, das wir an der Akademie für Weltmission in Korntal anbieten, soll arabischsprachige Migranten dabei unterstützen, ihre neue Identität und Berufung als Christen in der westlichen Gesellschaft zu entdecken. Das Programm soll arabischsprachige MBBs und CBBs (Christian Background Believers) aus dem Nahen Osten helfen, ihren Glauben zu reflektieren, um ihre wahre Identität in Christus zu entdecken: von Gott geliebt, von Jesus gerettet, zur Freiheit berufen und ein Geist-gefülltes Leben der neuen Schöpfung. "Wenn jemand in Christus ist, so ist er eine neue Schöpfung. Das Alte ist vergangen; siehe, Neues ist geworden." (2. Korinther 5,17). Unser Ziel ist es, sie in ihrem Bekehrungs-, Integrations- und Jüngerschaftsprozess zu begleiten, zu stärken und sie dabei zu ermutigen Verbindungen mit europäischen Kirche zu knüpfen, um Muslime in Europa – und möglicherweise darüber hinaus - zu erreichen.

Ein Student schreibt: "Das Studienprogramm bei der AWM hat nicht nur meine Persönlichkeit als gläubiger Christ geformt, sondern mir auch das nötige Rüstzeug für den Dienst und die Evangelisation unter arabischen Flüchtlingen gegeben." Ein anderer fügt hinzu: "Während des Kurses habe ich Gottes Charakter besser verstanden und bewundere ihn mehr. Mein Bild von Gott basiert jetzt nicht mehr nur auf meinen persönlichen Erfahrungen, sondern auf einem soliden und logischen Verständnis der Heiligen Schrift. So basiert auch mein Dienst an Menschen auf der biblischen Wahrheit und nicht nur auf meiner Leidenschaft und Liebe für Menschen. Kurz gesagt, das Studium bei der AWM gab mir eine erweiterte Perspektive und eine tiefere Leidenschaft, die Wahrheit zu erkennen."

Quelle: Communio Messianica



# Zentralasien: Nachrichten von verfolgten Christen

(Communio Messianica) Seit unserem ersten Treffen mit einheimischen Leitern aus Zentralasien im Jahr 2019 war es aufgrund von Corona und dem Ukrainekrieg ausgeschlossen, das lange geplante Folgetreffen durchzuführen. Ende April dieses Jahres konnte dies endlich nachgeholt werden. Wir sind sehr dankbar für die über 40 einheimischen MBB-Missionare und Gemeindeleiter, die zusammenkamen, um sich auszutauschen, Impulse für ihre Arbeit zu bekommen und sich gegenseitig zu ermutigen.

Die größte Delegation kam aus Kasachstan, wo die Gemeinden wachsen. Sie berichtete von kasachischen Konvertiten, die unter Druck die Gemeinschaft verlassen hatten, um nach einigen Monaten oder Jahren wieder zurückzukehren. Die Rückkehrer sagten, dass sie sich nicht mehr verstecken, weil sie die Gemeinschaft der Brüder und Schwestern in Christus brauchen und darauf nicht mehr verzichten können. Betet für solche angefochtenen Geschwister!

Die kasachischen Leiter berichteten außerdem, dass Saudi-Arabien und die Golf Staaten den radikalen Islam dort durch hohe Geldsummen vorantreiben. Traditionelle Muslime im Land legen viel größeren Wert auf ihre lokalen Traditionen als auf die Religion Islam. Deshalb gibt es auch einen Kulturkampf zwischen radikalen salafistischen Muslimen und traditionell ausgerichteten Kasachen.

In Kirgisistan und den anderen „Stan-Ländern“ gibt es ebenfalls starke Bestrebungen zur Islamisierung. 1990 gab es in der Hauptstadt Bischkek nur eine große Moschee. Seitdem sind 3000 Moscheen, 100 Madrissas (Koranschulen) sowie zehn islamische Hochschulen mit Geldern aus dem islamischen Ausland gebaut worden. Eine Strategie der radikalen Muslime, die aufgeht: Absolventen dieser islamischen Hochschulen nehmen mittlerweile alle wichtigen freierwerbenden Stellen im Regierungsapparat ein. Die Konvertiten im Land sind besorgt, dass das religiöse Klima im Land zunehmend islamistischer geprägt wird. Die Kirgisische evangelische Allianz zählt 25 Kirchen mit ehemaligen Muslimen. Außerdem gibt es zahlreiche Hauskirchen.

Die Gemeinden in der Russischen Föderation müssen sehr vorsichtig sein, können aber ihre Arbeit weitestgehend ungehindert tun. Unsere Geschwister aus Turkmenistan, Dagestan, Tadschikistan, Usbekistan (mit Karkalpakstan) bitten um Euer Gebet für sie.

Bitte betet konkret dafür, dass die neue Bibel in der Sprache von Karkalpakstan zugelassen wird und dass die Blockierung der Registrierung von Kirchen aufhört. Bitte betet außerdem dafür, dass die MBBs trotz unterschiedlicher denominaler Prägung durch Missionare, die das Evangelium nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion brachten, eine große Einheit erleben. Sie setzen dabei große Hoffnung auf Communio Messianica. Sie wünschen sich zudem Fürbitte für die Gründung immer neuer Kirchen und für eine neue Generation von jugendlichen MBBs. Die Jugend in den Stan-Ländern ist suchend, leider werden immer mehr Jugendliche im Netz des radikalen Islams gefangen. Beten Sie, dass die Jugend die Wahrheit in Jesus entdeckt und davon erfasst wird.

Danke für Eure Gebetsunterstützung.

Shalom - Gottes Frieden sei mit Euch.

Bischof Dr. Yassir Eric und das Communio Messianica-Team

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:  
Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebete-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]